

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Freitag
20. März 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Doernert-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2505-2507

Nicht Ritter, sondern Strauchritter.

Jarres und seine Knappen.

Der Kandidat aller Reaktionäre, Oberbürgermeister Jarres, hat an seine Gefolgsmänner den Wunsch gerichtet, sie sollten den Wahlkampf „ritterlich“ führen. Für diese belanglose Geste wurde er prompt als Mann von vornehmer Gesinnung in der dem Westarp-Killing-Block dienstbaren Presse gefeiert.

Der „ritterliche“ Kampf, den Jarres wünscht, wird jetzt von seinen Knappen mit einem Ueberfall nach echter Strauchrittermanier eröffnet. In zwei Blättern — der „Strefemann-Zeit“ und dem „Hugenberg-Lokal-Anzeiger“ — werden heute „Enthüllungen“ veröffentlicht, die nichts mehr oder weniger bezwecken, als die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten Braun als Nutznießer der Ruhrerschädigung zu verleumdern.

Ritter Jarres wird an diesem Ueberfall seiner Knappen seine herzlichste Freude haben. Wir wissen nicht, ob die Schurkerei auf dem Reichsblock-Bankett im „Kaiserhof“ ausgeht ist, aber sie sieht ganz danach aus, als ob sie in vorgerückter Stimmung erdacht wäre.

Es wird behauptet, unser Parteiblatt in Münster hätte sich, auf Veranlassung des Parteivorsitzenden Hermann Müller, rechtswidrig Unterstützung aus dem Ruhrfonds verschafft, und da Otto Braun eingetragener Geschäftsführer der G. m. b. H. ist, so . . . Das weitere sollen sich die Leser denken!

Diese Behauptungen und halben Andeutungen sind der nichtsaugigste Schwindel.

Sie übertreffen sogar die Barmat-Heke noch um vieles an innerer Unwahrscheinlichkeit und stellen deshalb auch das positivste Unmöglichste dar, weil sie zur Abwehr herausfordern und Dinge wieder zur öffentlichen Erörterung stellen müssen, die den Strefemann und Jarres höchst unliebsam sein müssen.

Worum handelt es sich?

Die Druckerei unseres Parteiblatts in Münster, das im Jahre 1919 gegründet war, wurde in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1923 durch ein völkisches Dynamitattentat fast vollständig vernichtet. Die Maschinen und der Seheraal wurden gänzlich zerstört. Dadurch wurde es unmöglich gemacht, daß der „Vorwärts“ in seiner eigenen Druckerei hergestellt und auch die Kopfbücher für Ham und Emden konnten nicht gedruckt werden. Ueber das schicksalreiche Attentat herrschte damals ein heiliges Empörung, selbst in den Kreisen um Jarres. Der Oberpräsident von Westfalen, Gronowski, erschien persönlich am Tatort und drückte dem Druckereileiter seine größte Empörung aus. Er sagte wörtlich:

„Und diese Leute wollen Deutschland retten? Ich komme, um meinen tiefsten Abscheu und Ekel über dieses gemeine Attentat auszudrücken. Im vorigen Jahre wurde am Johannisstapel Rathenauer morde und heute geschieht dieses schandwürdige Verbrechen. Ich erwarte von der Polizei, daß sie nichts unterläßt, um die Täter zu fassen.“

Geraume Zeit danach sind die Burtschen auch wirklich gefaßt und zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Wie von vornherein vermutet wurde, gehörten sie zu jenen „vaterländischen Abwehrorganisationen“, die im besetzten Gebiete unter Duldung und heimlicher Unterstützung gewisser Regierungsstellen die Sabotage organisierten und zu dem Zwecke mit Sprengmitteln reichlich ausgerüstet waren. Sind Herrn Jarres diese Zusammenhänge unbekannt? Wir hoffen, daß er, der in dem Münster benachbarten Gebiet damals zu Hause war, nicht durch gefällige Telegraphenagenturen auch diese Kenntnis ableugnen lassen wird. Gehörte doch zu jenen „Aktivisten“ auch der Max Dreger, dem Herr Jarres später auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin seine bekannte Zeichenrede hielt. . . .

Da das Attentat ganz augenscheinlich mit dem Ruhrkampf und den Abwehrorganisationen zusammenhing, forderte die Partei mit Recht von der Regierung, die jene Abwehrorganisationen duldet und unterstützt, den Ersatz des Schadens. Auf Beschluß des Reichskabinetts wurde auch dieser Ersatz zugestanden und der preussische Minister des Innern gebeten, durch die Regierungsorgane in Münster Ermittlungen über die Höhe des Schadens anstellen zu lassen.

Der Regierungspräsident in Münster ließ durch einen Bauachverständigen den Schaden an dem Gebäude des „Vorkämpfers“ und durch einen Druckereischachverständigen die Schäden an Maschinen und Seheraal abschätzen. Die Sachverständigen kamen zu dem Resultat, daß am Gebäude ein Schaden in Höhe von 8467 Mark und an den Einrichtungen ein solcher für 171 821 Mark festzustellen sei. Die Bescheide des Regierungspräsidenten wurden vom preussischen Innenministerium urchriftlich und ohne eigene Stellungnahme an die Reichsregierung weitergegeben. Die „Zeit“ Strefemanns fügt den Mitteilungen darüber die Bemerkung an: „Wer diese Summen errechnet hat, kann aus den Akten nicht festgestellt werden.“ Das ist die „ritterliche“ Unterstellung, als ob das preussische Innenministerium willkürliche Zahlen angegeben hätte. Wenn die aus amtlichen Akten entnommenen Angaben der

Jarres-Blätter sonst stimmen, dann ist die Behauptung, der Ursprung der Berechnungen sei nicht zu ermitteln, einfach erlogen!

Die auf Beschluß des Cuno-Kabinetts gewährten Entschädigungen wurden in Papiermark vor schuhweise ausgezahlt. Die gesamten Entschädigungsbeträge wurden nach der Stabilisierung der Mark in Goldmark umgerechnet und festgestellt, daß die nach den Gutachten amtlich herangezogener Sachverständiger um über 180 000 M. geschädigte Druckerei einen Ersatz nur in Höhe von 118 178 Goldmark bekommen hat. Sie hatte also noch 60 000 M. eigenen Schaden zu decken, der durch die von Jarres unterstützten und gelobhudelten Dynamitpatrioten hervorgerufen wurde.

Alle diese Dinge sind gar kein Geheimnis, und die Sozialdemokratie hat gar keine Ursache, sie zu verschweigen. Es ist eine unglaubliche Zumutung an die Sozialdemokratische Partei, daß sie den Schaden allein decken sollte, den schicksalreiche Sprengengelinde an ihren Unternehmungen hervorrief. Ernsthaft hat damals auch niemand versucht, die Schadenersatzpflicht des Reichs abzustreiten, besonders nicht Herr Jarres und Herr Strefemann, die doch den Dingen im Ruhrgebiet nahestanden.

Wenn die Strefemann- und Hugenberg-Presse, die das 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustriellen

für ganz gerechtfertigt hält, jetzt diese ganz klare und rechtlich einwandfreie Angelegenheit auf ihre „ritterliche“ Art in den Wahlkampf zerrt, so geschieht das nur aus dem Grunde, weil sie aus den Akten festgestellt haben will, daß Otto Braun als Gesellschafter der Firma unseres münsterischen Parteiorgans gerichtlich eingetragen ist. Auch die von kapitalistischen Aktiengesellschaften ausgehaltenen Organe der Volkspartei und der Deutschnationalen wissen aber, daß die Tätigkeit als Firmenträger in sozialdemokratischen Blättern für die beteiligten Personen keinerlei wirtschaftliche Vorteile oder Interessen einschließt. Aus seiner Beteiligung an einem wirtschaftlichen Unternehmen der Partei hat Otto Braun so wenig persönliche Vorteile wie von seinen Gütern auf dem Monde. Das ist den Redakteuren der kapitalistischen Presse hinlänglich bekannt. Wenn sie trotzdem das Gegenteil behaupten oder andeuten, so geschieht das wider besseres Wissen und nur zu dem Zwecke, Herrn Jarres zu zeigen, wie getreue Knappen sie ihrem „ritterlichen“ Meister sind.

Im übrigen wird hoffentlich die Jarres-Presse nicht wünschen, daß wir näher und eingehend über die Dynamitgeschichten sprechen, die sich damals in und um Münster abspielten. Die „Enthüllungen“ der Jarres-Presse können unsere Genossen nur anfeuern, nun erst recht mit dem letzten Aufgebote ihrer Kräfte zu werden und zu wirken für die Kandidatur eines politisch und moralisch zu jeder Zeit bewährten Republikaners, nämlich für

Otto Braun!

Antwort, Herr Jarres!

Eine offene Anfrage Breitschelds.

Nürnberg, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer Riesenversammlung referierte Donnerstagabend Genosse Dr. Breitscheld über das Thema: „Wer soll das deutsche Volk führen?“ Das Referat des Genossen Breitscheld wurde zu einer scharfen Abrechnung mit dem Reichsblock. Unter anderem erklärte er, daß die Ausführungen des Herrn Jarres in der Berliner Versammlung über die Preisgabe des Rheinlandes ganz unrichtig seien. Wörtlich sagte Breitscheld: „Es tut mir leid, aber ich muß Herrn Dr. Jarres das Gedächtnis auffrischen. Dessenfalls frage ich deshalb Herrn Dr. Jarres, ob er nicht Ende 1923 in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses mir persönlich auf meinen Einwand geantwortet hat:

„Was wollen Sie, wir müssen das besetzte Gebiet vorübergehend freigeben, um es in zehn oder zwanzig Jahren mit den Waffen in der Hand wiederzuholen.“

Diese alle erschreckende Äußerung des Herrn Dr. Jarres kann mit allen Einzelheiten wörtlich belegt werden, wenn Dr. Jarres etwa jetzt auch noch von seinem Gedächtnis im Stiche gelassen werden sollte. — Die 2000 Versammlungsteilnehmer gelobten am Schluß, mit aller Kraft dafür anzutreten, daß der sozialdemokratische Kandidat, der wahre Volksmann Otto Braun am 30. März als Sieger aus der Wahlurne hervorgehe.

Firmenänderung.

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei hat ihre Firma geändert. Ihre Reichstagsfraktion nennt sich von heute an: „Deutschnationalistische Vereinigung“. Die Gräfe, Wulle und Repentlow sind also mit den Hitlerleuten endgültig auseinander.

Die neue Firma ist zwar immer noch reichlich ruhmredig. Die alte war aber denn doch zu verlogen: national, sozialistisch und Freiheit — und das alles bei Gräfe?

Kein Wort von Ludendorff!

Seinen Namen, den dürfen sie nicht nennen.

So vergeht der Ruhm der Welt! Ludendorff, der große General des Weltkrieges, vor dem die Generalfüßler der verbündeten Armeen zitterten, der den Gedanken wälzte, Wilhelm II. wegen Unfähigkeit abzusetzen, ist heute der Konkurrent des Herrn Oberbürgermeisters Jarres aus Duisburg im Wahlkampf. Kein aussichtsreicher Konkurrent, nur der Kandidat einer kleinen, zusammenbrechenden, innerlich müden Gruppe von Desperados, der Sonderkandidat, dem die Masse der sogenannten nationalen Leute ob der Zerpfitterungskandidatur zürnt.

Aber diese Kandidatur Ludendorff beleuchtet die innere Situation der sogenannten nationalen Bewegung in Deutschland besser als es sonst irgendein politisches Ereignis vermöchte. Die sogenannte nationale Rechte hat Herrn Jarres aus Verlegenheit aufgestellt. Durch die Kandidatur Ludendorff wird sie in neue Verlegenheit gesetzt. Sie hat, nachdem Herr Jarres einmal auf den Schild gehoben war, begonnen, ihn als den nationalsten und deutschesten Mann in Deutschland hinzustellen. Der Anstifterbund der Kriegervereine erläßt eine Kundgebung für Jarres, unterzeichnet vom Generalobersten v. Heeringen. Da heißt es:

„Der neue Reichspräsident muß daher ein Mann ohne parteipolitische Bergangenheit sein, auf dem Boden deutsch, christlicher Weltanschauung stehen, international-politischen Gedankengängen unzugänglich sein und unbeirrt von Rücksichten jeder Art nur nach dem besten eigenen Ermessen für Deutschlands Ehre, Macht und Ansehen eintreten.“

Das offizielle Organ der Deutschnationalen, die „Nationalpost“, legt hinzu: „Der einzige Kandidat, der diesen berechtigten Anforderung entspricht, ist Dr. Jarres.“ Der einzige Kandidat! All dies gilt also nicht für Ludendorff. Ludendorff tritt also nicht nach bestem Ermessen für Deutschlands Ehre, Macht und Ansehen ein. Jarres ist national. Ist Ludendorff es nicht? Die nationalistische Bewegung in Deutschland fängt sich in ihren eigenen Schlingen.

Die Nationalisten in Deutschland haben Ludendorff zu einem großen Mann machen wollen. Sie haben ihn in Ermangelung eines wirklich großen Mannes und Führers in den Himmel gehoben. Sein Ruhm als großer Feldherr Klang aus der Presse der gesamten Rechten, von den schwerindustriellen Zeitungen bis zu den stramm altkonserватiven und zu den extrem völkischen Organen. Die äußerlichen Ehren, die Ludendorff erwiesen wurden, sollten ihn aus der Masse des Volkes herausheben. Wer denkt nicht an die Unbuddidität, daß ein Gericht, vor dem sich Ludendorff wegen Hochverrates zu verantworten hatte, sich zu seiner Ehrung von den Sitten erhob. Und nun? Nun ziehen die Rechtsparteien, und mit ihnen jene Organe, die sich bemühten, Herrn Ludendorff als den großen Mann des deutschen Nationalismus erscheinen zu lassen, ihrem eigenen Heros Ludendorff Herrn Jarres vor. Denselben Herrn Jarres, den sie nur in der Verlegenheit der letzten Minute genommen haben, von dem sie selbst sagen, daß er kein Titan sei, daß er dem Maßstab der Größe, den sie von Rechts wegen ihrem Präsidenschaftskandidaten anlegen wollten, nicht gewachsen sei.

Und nicht nur das. Der Name Ludendorff wird heute von der gesamten Presse der Rechten, angefangen von den Organen des Herrn Hugenberg über „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuz-Zeitung“ bis zur „Deutschen Zeitung“ und zum „Deutschen Tageblatt“ der Wulle und Graefe nicht erwähnt. Kein Wort darüber, daß auch Herr Ludendorff als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt ist. Dieselben Zeitungen, die um ihn eine Rauchwolke des falschen Ruhmes verbreitet haben, nehmen heute seinen Namen nicht in den Mund. Warum das? Ist es schimpflich, den Namen Ludendorff zu nennen? Hegen sie Verachtung gegenüber der Sonderkandidatur des Jähkandidaten? Wollen sie zum Ausdruck bringen, daß der Ruhm des großen Mannes nur Schall und Rauch war, ein künstlicher Rebel, verbreitet von der Rechtspresse, um das Volk zu betören?

So vergeht der Ruhm der Welt. Selbst die Deutschnationalen in Norddeutschland, die Gräfe und Wulle und Repentlow, wenden sich von Herrn Ludendorff ab. Es zieht sie zu den wohlgefüllten Kassen der Schwerindustrie. Ist das deutsche Treue? Was ist das, wenn der andere des Diokurenpaares des Weltkrieges, der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den Wahlaufruf zugunsten des Herrn Jarres unterzeichnet und damit auffordert, gegen Ludendorff zu stimmen? Ist das deutsche Treue, daß die nationalistische Bewegung in Deutschland jetzt Herrn Ludendorff feilscht, wie sie nicht einmal Herrn Jarres während der Sammelverhandlungen des Voebell-Ausschusses in die Ecke gesteckt hat?

Jarres und Ludendorff: Der eine ist der Kandidat jener großen, sogenannten nationalen, in Wahrheit reaktionären Bewegung. Herr Jarres ist diesen Leuten ebenso Mittel zum Zweck, wie die nationalistische Phrase. Herr Ludendorff ist der Kandidat jener Kleinbürger, die das Geschrei und die nationalistische Phrase des Rechtsblocks für bare Münze genommen haben. Jarres oder Ludendorff: Hinter dem einen stehen die großen Interessen des reaktionären Unternehmertums und der Großlandwirtschaft. Hinter dem anderen nichts als die kindische politische Rawilität mildgemordener Spielführer. Die sogenannte nationale Rechte hat die Wahl zwischen dem Manne, den sie zum großen General gestempelt hat, und dem Herrn

Oberbürgermeister von Duisburg. Ihre Waise ist auf den Herrn Oberbürgermeister von Duisburg gefallen. Das heißt, sie pfeift auf die nationalistische Phrase, wie sie auf ihre Wahlversprechungen in der Aufwertungsfrage pfeift.

Wo war der Dolchstoß?

Ludendorff in bulgarischer Beleuchtung.

In der Zeitung „Stobodna Reisch“ vom 12. März veröffentlicht der frühere bulgarische Kriegsminister General Raidenoff einen Aufsatz über den Zusammenbruch der bulgarischen Front im Herbst 1918, der bekanntlich den allgemeinen Zusammenbruch der Mittelmächte einleitete. Raidenoff berichtet, daß er vor der Katastrophe ein dringendes Gesuch um Hilfe an die deutsche Heeresleitung gerichtet habe, da die bulgarischen Truppen vollkommen erschöpft seien. Ludendorff antwortete, Hilfe sei nicht notwendig, er habe genaue Berichte, daß die Alliierten keinen Angriff vorbereiteten. Als Raidenoff auf die Ankunft einer frischen Ententearmee von 500 000 Mann in Saloniki aufmerksam machte, antwortete ihm Ludendorff zornig, er habe bessere Informationen, die Alliierten würden nicht angreifen.

In diesem Sinne waren auch die deutschen Kommanden bei der bulgarischen Armee (Gruppe Scholz der 11. Armee) instruiert worden. Darum betrachteten sie den gegen Dobropole vorbereiteten Angriff als eine Demonstration und unterließen Gegenmaßnahmen. Raidenoff schließt:

Als später General Ludendorff die schrecklichen Folgen des Zusammenbruchs der mazedonischen Front sah, schimpfte er erbittert über die Bulgaren. Er hat dazu kein Recht gehabt: Wir Bulgaren haben die Ehre Bulgariens, zwei Drittel unserer Armee, die besten Divisionen, dem deutschen, von Ludendorff ernannten Oberkommando anvertraut. Diese Kommanden erfüllten ihre Pflicht nicht, weil sie von ihrem Chef irreführt waren, der überzeugt war: a) die Alliierten würden die mazedonische Front nicht angreifen, b) der Krieg würde an der Westfront entschieden werden.

General Ludendorff ist der Hauptverantwortliche für die mazedonische Katastrophe von 1918, die die Katastrophe auf den anderen Fronten nach sich zog.

Am wenigsten wird dem deutschen Leser an dieser Darstellung die Tatsache wunden, daß Ludendorff später auf die Bulgaren schimpfte. Denn die Kunst, die Erbitterung von dem wirklich Schuldigen auf andere abzuwälzen, ist die einzige, in der es Ludendorff zu echter Genialität gebracht hat.

Die falsche Rechnung.

Das Zentrum und der Kampf um Preußen.

Die deutschnationale Presse tobt, weil es den Rechtsblöckern in Preußen auch gestern nicht gelungen ist, die Festung sturmreif zu machen. Die „D.N.Z.“ droht sogar damit, die Deutschnationale Partei werde den Staatsgerichtshof gegen das verfassungswidrige Regime der „amtierenden“ Regierung anrufen. Verfassungswidriges Regime? Marx ist verfassungsmäßig zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Er hat sein Kabinett auf verfassungsmäßigem Wege ernannt und hat mit dem Ministerium verfassungsmäßig die Pflicht, auf seinem Posten auszuharren, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt ist. Der Staatsgerichtshof hat mit der Angelegenheit also nichts zu tun und die Drohung der „D.N.Z.“ zeigt eine auffallende Unkenntnis der Verfassung.

Aber sie ist bezeichnend für die Brut und die Verlogenheit der Rechtsblöcker, deren tieferer Grund die „Deutsche Tageszeitung“ unparochialerweise ausplaudert. Sie jammert darüber, daß die deutschnationale Fraktion mit einigen Zentrumsleuten, deren Namen höflich verschwiegen werden, bereits verabredet hatte, wie man dem Rechtsblock in den Sattel verhelfen könne, als die Zentrumsfrat-

tion einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Das nennt das Blatt eine offene Brüstung der Opposition und es schwört, man werde nunmehr einen rücksichtslosen Kampf führen, weitere Verhandlungen seien völlig ausgeschlossen.

Rücksichtsloser Kampf? Als ob es den Jarres-Blöckern bisher an Rücksichtslosigkeit gefehlt hätte! Es fehlt ihnen nur das Talent und die Macht, sich durchzusetzen. Weitere Verhandlungen ausgeschlossen? Das erinnert sehr an die Geschichte vom Fuchs, der die Trauben fressen fand, weil sie zu hoch hingen. Die deutschnationale Fraktion versuchte gestern noch einmal, das Zentrum einzujagen. Das Zentrum hat darauf zum tausendsten Male geantwortet, daß die Dummheit nicht auf seiner Seite zu finden ist. Danach sind weitere Verhandlungen für die Deutschnationalen allerdings ausgeschlossen und die „Germania“ schiebt etwaigen nochmaligen Annäherungsversuchen von vornherein einen Riegel vor, indem sie in offenbar parteiamtlichem Auftrage schreibt:

In einem Artikel der „Kreuz-Zeitung“, der unflätige Beschimpfungen gegen Marx enthält, wird gesagt, es sei ausgeschlossen, daß die Deutschnationalen sich an einem Kabinett beteiligen würden, in dem neben Deutschnationalen auch sozialdemokratische Beamte lägen. Für das Zentrum wird jede Unterstützung einer Regierung ausgeschlossen sein, die einseitig aus Rechtsleuten zusammengesetzt ist. Der Kampf des Zentrums in Preußen hatte den Zweck, zu verhindern, daß Preußen wieder den Rechtsstreifen ausgeliefert werde. In diesem Ziele wird das Zentrum unverrückbar festhalten.

Es ist erklärlich, daß die frivole und verleumderische Sabotageaktion endlich auch der Geduld des Zentrums ein Ende macht.

Rechtsblock gegen die Gehaltsempfänger.

Die Senkung der Lohnsteuer vorläufig bereit.

Da die Steuervorlagen der Regierung immer noch den Reichstag beschäftigen, also noch nicht einmal an den Reichstag gelangt sind und ihre Verabschiedung nicht vor dem Sommer, ihr Inkrafttreten nicht vor dem Herbst d. J. zu erwarten ist, hielt es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für geboten, die dringliche Frage der Senkung der Lohnsteuer vorweg zur Verhandlung zu bringen. Sie beantragte in der gestrigen Sitzung in Verbindung mit dem Rotetal eine Erhöhung des steuerfreien Betrags von 15 auf 24 R. wöchentlich, von 60 auf 100 R. monatlich und besondere Berücksichtigung der Lage der Erwerbslosen, Kurzarbeiter usw.

Von der Regierung wurde dem Antrag widersprochen mit der Begründung, daß die Lohnsteuerfrage nur im Rahmen des ganzen Steuerprogramms behandelt werden könne. Die bürgerlichen Parteien dagegen verhängen sich hinter den rein formalen Einwand, daß der Antrag mit dem Rotetal nichts zu tun habe, vielmehr als selbständigen Antrag weiterzubehandeln und zu diesem Zweck dem Steuerausschuß zu überweisen sei.

Zur Vermeidung der sachlichen Ablehnung ihres Antrags trug die sozialdemokratische Fraktion diesem formalen Bedenken Rechnung und erklärte sich mit der Verweisung des Antrags an den Steuerausschuß einverstanden. Sie geht dabei von der Erwartung aus, daß der Antrag sofort in einer am Freitag stattfindenden Sitzung des Steuerausschusses in Beratung genommen werde, denn sie könne sich, da ein denselben Zweck verfolgender Antrag schon seit Monaten vorliegt auf eine weitere Verschleppung nicht einstellen. Angesichts der fortwährenden Steigerung der Lohnsteuerrate müßte die Verwirklichung ihres Antrages am 1. April d. J. gefordert werden. Bei gutem Willen sei das auch leicht möglich. In der Inflationszeit hätten Änderungen in der Lohnsteuer innerhalb viel kürzerer Frist durchgeführt werden müssen.

Die Ueberweisung des Antrages an den Steuerausschuß wurde dann beschlossen. Sofort nach diesem Beschluß legten jedoch die Sabotierbestrebungen der Regierung und der Rechten ein. Das Finanzministerium erklärte dem Vorsitzenden des Steuerausschusses, daß es wegen der gleichzeitig stattfindenden Steuer Verhandlung im Reichsrat am Freitag

an einer Sitzung des Steuerausschusses nicht teilnehmen könne. Der deutschnationale Vorsitzende des Steuerausschusses ließ sich bereitwillig auf diese Erklärung ein und verzichtete auf die Einberufung des Ausschusses.

Die Folge ist, daß der sozialdemokratische Antrag vor der Reichstagspause, die wegen der Präsidentenwahl eingelegt wird, nicht weiter beraten wird. Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages die Erledigung ihres Antrages fordern. Zeit steht aber das eine, daß die Regierung sich nicht verhindert gefühlt hätte, an der Ausschuhberatung teilzunehmen, wenn es sich statt um eine Entlastung der Lohn- und Gehaltsempfänger um eine solche der Schwerindustrie oder des Großgrundbesitzes gehandelt hätte und daß auch der Vorsitzende des Steuerausschusses sich nicht ohne weiteres auf die Verschleppung des Antrages eingelassen hätte.

Der Jarres-Bettel.

Bielefeld, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Bielefelder „Volkswacht“ ist folgendes vertrauliche Schreiben auf den Redaktionsstisch gelangt:

An die Firma ...

„In knapp 14 Tagen ist die Präsidentenwahl, für die, wie Ihnen bekannt ist, eine überparteiliche Kandidatur in der Person des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Jarres von einer Anzahl bürgerlicher Parteien und nationaler und wirtschaftlicher Verbände aufgestellt ist. Bei einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Arbeitsausschusses des „Reichsblocks für den Wahlkreisverband Westfalen-Nord“, dem als Vertreter der Deutschen Volkspartei anzugehören ich die Ehre habe, wurde festgestellt, daß die Kassen der in Betracht kommenden Parteien und Organisationen leer sind. Klar aber ist, daß ohne Geld dieser für den Aufstieg unseres Vaterlandes so außerordentlich wichtige Wahlkampf nicht geführt werden kann.“

Vertrauend auf die Einsicht meiner Berufskollegen, auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den führenden Firmen Nordwestfalens und auf Ihre in nationalen Fragen stets bewährte Freigebigkeit, habe ich persönlich die Gemäße übernommen, innerhalb einer Woche die für die ersten Arbeiten dringend benötigten 50 000 R. zu schaffen.

Mit einem gleichen Briefe wende ich mich deshalb an die 50 bedeutendsten Firmen des Stadt- und Landkreises Bielefeld und bitte sie freundlichst, mir möglichst rasch die nötigen Geldmittel für den umseitig auseinandergesetzten Zweck zur Verfügung zu stellen. Ich habe davon abgesehen, um einen bestimmten Betrag zu bitten, da ich der Ueberzeugung bin, daß sich jeder nach seinen Kräften einrichtet.

Es handelt sich augenblicklich nur um die Bereitstellung eines dringend nötigen und rasch aufzubringenden Grundstockes. Jeder Anstoßentweg über die Organisationen der Partei würde zu lange dauern und die Höhe der Summen in Frage stellen. Ich bin überzeugt, Sie werden mich auch dieses Mal nicht im Stich lassen. Ich bitte Sie, den Betrag zu überweisen an die Deutsche Bank Bielefeld, Konto „Herbert Delius“.

Für Ihre telephonische Zusage, daß ich auf Sie zählen darf, wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundschaftlichem Gruß
Ihr ergebener
Herbert Delius.

Herbert Delius ist der Sohn des Präsidenten der Bielefelder Handelskammer. Er wird natürlich die 50 000 R. von den Firmen, die sich in der Inflationszeit völlig ausserkauft haben und arm wie die Kirchenmäule geworden sind, glatt erhalten.

Die „nationale Freigebigkeit“, auf die er sich beruft, hat immer zu wünschen übrig gelassen, wenn das Reich Steuern brauchte, oder wenn es galt, durch Leistungen die Befreiung der besetzten Gebiete zu beschleunigen. Wenn es aber um Wohlgebet für die Reaktion geht, dann ist immer Geld da. Es verzinst sich ja gut — siehe die Ruhrmillionen!

Gustav Habrman, gegenwärtig tschechischer Sozialminister, geht als Gesandter nach Wien. Er lebt so in die Stadt zurück, in der er sich als junger Arbeiter vor 40 Jahren der radikalsten sozialistischen Bewegung anschloß, wo er einst zu langjährigem Kerler verurteilt worden ist und wo er die letzten Friedens- und die Kriegsjahre als Abgeordneter verlebte hat.

Der Lausbub.

von Hans Bauer.

Wir haben in Deutschland jene verpöbte, jene greisenhafte Grünhals-Jugend kennengelernt, die so nebenbei, noch schnell nach dem Tennisspiel, Deutschland durch einen Ministersturm befreien wollte. Zumeist bestand die besondere Tragik dieser Worte in der Ungehörigkeit des geistigen Abstandes vom Ermordeten zum Mörder, in der Absurdität der Vorstellung, daß die Augen des dümmsten Schuftes auch das feinste Geheimnis ausblenden kann.

In Österreich ist jetzt ein neuer Typ des jugendlichen Mörders aufgetaucht. Wieder natürlich gehört er der Partei des Markes, den Hakenkreuzern an, aber er hat seine Schüsse nicht als politischer, sondern als sittlicher Befreier abgefeuert, und sein Opfer ist nicht ein großer Staatsmann, sondern ein kleiner Journalist gewesen. Dem jungen Manne ist die gelante Zeitschrift des Hugo Bettauer in die Finger gekommen. Diese Zeitschrift ist schlecht, ist von jener geistverfluchten, erotischen Scheinmoral, die in jede Tischplatte die Beziehung zum Geschlechtsakt hineinzudeuten weiß. Der junge Mann hätte sich ein bißchen ärgern und dann mit beiderseitiger Gleichgültigkeit sagen können: das ist ein schöner Dreck, den lese ich nie wieder. Aber dazu hätte er ja ein ganzer sittlicher Kerl sein müssen. So aber war er nur ein Unfittlichkeitsjäger, und da haben ihm zwar nicht die Artikel Bettauers, aber es hat ihm seine Brut über sie gefallen. Das wäre indessen seine rechte Brut, die man nicht an jemandem ausläßt. Der junge Mann sah das ein, griff zum Revolver, der zum ständigen Gefährteninventar eines ordnungsliebenden Hakenkreuzers gehört, und schoß den Verderber seiner Geschlechtsgenossen über den Haufen.

Wir kennen die Art des jungen Mannes. Solche Leute sind nicht schlecht. Aber sie sind etwas Schlimmeres, etwas Gefährlicheres: sie sind borniert. Man kann sie vielleicht sogar edel nennen. Sie glauben an Ideen. Aber sie haben den geistigen Horizont eines Nachtopfes. Manchmal sind sie sogar besessenen und haben studiert. Sie haben dann allerdings gelernt. Bloß eines nicht: Denken. Sie vertrauen sich an das Leben ihrer Mitmenschen, aber nicht an die Erziehung der Begriffe heran. Sie wissen nichts von der unendlichen Vielfalt der irdischen Probleme, von deren ökonomischer, von deren medizinischer Bedingtheit. Sie wissen nur vom Langstundenunterricht der, was es damit auf sich hat, wie sie sich bei der Bekürde des Dienstbuchs für den königlich preussischen Infanteristen über die Seele Deutschlands auskennen. Weistens loben solche Leute sich verhältnismäßig harmlos aus. Sie denunzieren Kops, Groß, Ringelnag. Der junge Oesterreicher hat, wenn auch nicht durch die Wahl des Objektes zu seinem Unschick, so doch durch dessen Art ein besonderes Unheil angerichtet. Immerhin dürfte er sich eher davon überzeugen lassen, daß die Person seines Markverluses, als daß dieser verfehlt war, denn das eben ist der Schwerpunkt bei einem jungen Hakenkreuzer, daß er wohl unter Umständen das Wissen um eine Sache, niemals aber den Glauben an die Gewalt reodiert.

Tokio — das Riesendorf.

Tokio, Japans Hauptstadt, die erst vor kurzem durch das furchtbare Erdbeben zerstört wurde, ist jetzt schon wieder von einer neuen Katastrophe heimgesucht worden. Es ist diesmal eine der furchtbaren Feuersbrünste, wie sie im Orient nicht selten sind und besonders häufig in Japan vorkommen, wo man noch immer an den alten Holzhäusern festhält. Erst kürzlich wurden die großartigen Pläne bekannt, durch die der japanische Wiederaufbauminister die Hauptstadt zu einer modernen Großstadt umgestalten wollte. Der neue Riesendamm wird die Notwendigkeit einer solchen feuerfesten Anlage noch eindringlicher vor Augen stellen, denn Tokio ist trotz seiner Millionenbevölkerung bisher das Riesendorf geblieben, das es vor der Einführung der abendländischen Zivilisation in Japan war. Als 1854 der erste Amerikaner, Kommodore Perry, nach Japan kam, da erkannte er darüber, in Tokio ein ungeheures Dorf von meist einstöckigen Holzhäusern zu finden, das rings um die Burg des Schoguns und die Hofhaltungen der Lehnsfürsten herumlag. Diesen Charakter eines Riesendorfs, das sich über ein ungeheures Terrain hin erstreckt, hat Tokio bis heute behalten. Trotz der elektrischen Bahnen und Omnibusse, der Automobile und Equipagen, die auf den wenigen breitangelegten neuen Verkehrswegen sich tummeln, besteht der Hauptteil aus hölzernen Wäntern, die mit dem Wachsen der Bevölkerung immer näher aneinandergerückt sind, und die Gassen, die ursprünglich in der Mitte der Stadt lagen, mehr und mehr verdrängt haben. In manchen Stadtteilen sind die Gassen so eng, daß kaum mehr ein Stückchen Himmelsblau in die Höhe und Gänge hineinblickt, und es ist ein Gewirr von Straßen, ein Gewimmel von Menschen, in dem sich der Fremde nicht zurechtfindet. Die Gebäude im europäischen Baustil, auf die die Japaner so stolz sind, haben nichts an dem Charakter der Stadt geändert. Wie in uralten Zeiten sieht man die Waren noch immer auf Handkarren, und die dreien Straßen, die angelegt wurden, wirken für den Verkehr nur hinderlich, da alles kreuz und quer durcheinander fährt. In seiner malerischen Schönheit hat sich auch das Kaiserpalast bewahrt, ein einziger großer Garten, das hinter hohen Mauern versteckt liegt. Stimmungslos wirken die alten Kiefern, die von den Wäntern auf den Straßen herniederhängen und die Schlösser und Pavillons dem Auge entziehen. Das ungeheure nützliche Einereit der Holzhäuser wird freilich durch manche Leide unterbrochen, die einen großstädtischen Charakter haben, wie durch die Hauptstraße, die Gasse, mit ihren stattlichen Banken und Geschäftshäusern, durch die Hochbahn und die modernen Bahnhöfe. Im allgemeinen aber hat der Japaner bisher an seinen Leiden, so reich Feuer fangenden Häuschen festgehalten, die aus Tokio trotz seiner 2 Millionen Einwohner das merkwürdige Riesendorf gemacht haben.

Wenn im Norden kein Winter ist. ... Die Wetterverhältnisse sind dies Jahr besonders in Nordeuropa sehr merkwürdig gewesen, und in Skandinavien und Finnland, wo man an Schnee und Frost vom Oktober bis zum April gewöhnt ist, war bis gegen Ende Februar ebenso wenig vom Winter zu spüren wie bei uns. Auf einem kleinen Gebiet in Norwegen ist zwar im Februar viel Schnee gefallen, aber sonst gab es in ganz Skandinavien und Finnland keinen Winter. Die schwedischen Wetterberichte stellen fest, daß dortortige Verhältnisse in den letzten 150 Jahren nicht vorhanden waren, und die finnischen Wetterberichte ergeben daselbe für die letzten

100 Jahre. Der Hafen von Helsingfors war den ganzen Winter nicht zugefroren, und die mächtigen schwedischen Eisbrecher-Dampfer lagen tatlos. Dieses ungewöhnlich milde Wetter hat im Norden ganz andere unangenehme Folgen gehabt als bei uns. Klagen bei uns hauptsächlich die Freunde des Wintersports, so waren die nordischen Schneeschuhläufer noch viel trauriger, denn der Schneehühspport ist für den Nordländer das größte Vergnügen des Jahres. Aber auch die Wirtschaft litt. Wie bei uns war keine Nachfrage nach Pelzen und Winterjochen, und der Holzhandel, mit die wichtigste Industrie in Skandinavien, stockte völlig. Schnee ist nämlich für den Holzkaufmann im Norden unbedingt notwendig, da er zum Transport der Hölzer auf die Schlitten angewiesen ist. In den unwirtlichen Wäldern sind Bogen mit Rädern nicht benutzbar, und ohne Schnee kann man keine Schlitten verwenden. Während der letzten Woche des Februars setzte in Finnland starker Frost ein, und als dann noch drei Zoll Schnee fielen, änderte sich das Bild wie mit einem Jauberschlag. Die Droschken auf Rädern verschwanden. Die Schlitten eilten mit fröhlichem Gelächte über das Land. Die Schneepflüge bahnten den Straßenbahnen den Weg, und ein allgemeiner Winterjubiläum brach los. Aber die Freude dauerte nur wenige Tage, dann schmolz der Schnee, die Schlitten verschwanden, und es zeigte sich wieder das traurige Bild eines nordischen Winters, der kein Winter ist.

Wie viele Streichhölzer brauchen wir? Im Deutschen Reich werden durchschnittlich jährlich 103 Milliarden Zündhölzer verfertigt, 3 Milliarden ausgeführt und 10 Milliarden eingeführt, so daß man den jährlichen Verbrauch auf durchschnittlich 110 Milliarden schätzen darf. In den letzten zehn Jahren haben wir somit rund ein Billionen Streichhölzer verbraucht. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen sanach schätzungsweise 2200 Stück pro Jahr. Das gilt im Durchschnitt. Ein guter Raucher kommt damit natürlich nicht aus. Rechnen wir an, daß dieser mit einer Schachtel Streichhölzer drei Tage auskommt und daß in einer Schachtel 50 Hölzchen sind, so macht dies in einem Jahr 120 Schachteln, also 6000 Zündhölzer. Wenn die Preise aber schlecht zieht und oft angestrichelt werden muß, reichen auch diese 6000 Hölzchen nicht aus.

Ein Volk, das in den letzten Jagen liegt. Die Feuerländer, die Ureinwohner der Feuerländerinseln, sind ein dem Tode geweihtes Volk. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden noch etwa 10 000 Angehörige dieses Volkes gezählt. Im Jahre 1900 war die Zahl bereits auf ein Drittel, etwa 3000 gesunken und neuerdings wird von Fischern berichtet, daß nur noch einige Hundert Feuerländer am Leben sind. Wen führt dies ungeheurer schnelle Volkssterben einerseits auf Epidemien zurück, die dort in den letzten 40 Jahren mehrfach geherrscht haben, andererseits aber auch auf die durch Kultureinflüsse unvermittelt geänderte Lebensweise der Feuerländer, die jenen Breiten anscheinend nicht angemessen ist.

Rußlanddeutscher Abend. Das Zentralomitee der Deutschen aus Rußland veranstaltet am 21. März im Bärpark und der Brandenburgische des Neuen Schöneberger Rathauses einen großen „Auslanddeutscher Abend“ zum Besten einer Kollektion. An dem Abend nehmen alle dem Zentralomitee angeschlossenen Vereine der Auslanddeutschen teil.

Die Goethe-Bühne hat Joan Golls neuestes Drama „Der Fall des Kugler“ zur Uaufführung angenommen.

Lord Curzon gestorben.

London, 20. März. (WZB.) Lord Curzon ist 5 Uhr 35 morgens gestorben.

Mit Lord George Nathaniel Curzon of Kedleston verabschiedet von der politischen Weltbühne ein Staatsmann, der wie kaum ein anderer die Traditionen des britischen Imperialismus verkörperte. Vor 66 Jahren als Sohn eines nord-irischen Geistlichen geboren, begann er, noch verhältnismäßig jung, seine politische Laufbahn als Privatsekretär des konservativen Führers und langjährigen Premierministers Lord Salisbury. Mit 27 Jahren war er bereits konservativer Abgeordneter, mit 32 Jahren Unterstaatssekretär für Indien, mit 35 Jahren Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, mit 40 Jahren sogar schon Vizekönig von Indien. War er bereits vordem einer der besten Kenner der Orientprobleme und besonders der für die britische Weltmacht damals so überaus wichtigen persischen Frage, die er in verschiedenen Schriften eingehend behandelte, so wurde er durch die an Ort und Stelle gesammelten Erfahrungen zu einer Säule der englische Orientpolitik innerhalb der konservativen Partei. Allerdings blieb er als konservativer in der Zeit vor dem Kriege, als die Liberalen in England das Ruder führten, außerhalb der Regierung. Als jedoch im zweiten Kriegsjahr Lloyd George eine Koalitionsregierung beider Parteien bildete, wurde Curzon wieder Mitglied des Kabinetts.

Seine führende Rolle in der europäischen Politik spielte jedoch erst nach dem Kriege und sogar nach dem Versailler Vertrag ein, als Balfour das Außenministerium aus Gesundheitsgründen aufgab und Curzon sein Nachfolger wurde. Von diesem Augenblick an war er einer der wichtigsten europäischen Faktoren bei der Regelung aller Probleme der Nachkriegszeit. Er wurde bald einer der von den europäischen Mächten am meisten geschätzten Diplomaten am Hofe akkreditierten ausländischen Diplomaten am meisten geschätzten englischen Staatsmann. Nicht nur wegen der Hartnäckigkeit, mit der er an dem einmal eingeschlagenen Standpunkt feilt, sondern auch wegen der eisernen Art, mit der er die Vertreter fremder Mächte behandelte, wenn deren Absichten keine eigenen durchkreuzten. Der starre Blick, die unerbittlichen, hochmütigen Züge, die er in solchen Fällen zur Schau trug, waren im Londoner diplomatischen Korps und überhaupt in allen auswärtigen Ämtern Europas geradezu sprichwörtlich.

Diese Charaktereigenschaften und dieses Auftreten mußten schon deshalb erwähnt werden, weil sie für die Entwicklung der politischen Ereignisse in den letzten Jahren von besonderer Bedeutung gewesen sind. Wenn die Spannung zwischen Frankreich und England in den Jahren 1920 bis 1923 so unerträgliche Formen annahm, daß sie sich schließlich — auf Kosten Deutschlands — in der Ruhrbesetzung gipelte, und wenn auch später die diplomatische Beendigung des Ruhrkampfes sich so endlos verzögerte, so lag das nicht zuletzt an der Tatsache, daß gleichgerichtete, nachgiebige Naturen — Boncompagni und Curzon — an der Spitze der auswärtigen Politik Frankreichs und Englands standen. Vielleicht wäre die endgültige Lösung des Reparationskonfliktes heute noch nicht erreicht, wenn nicht zum Glück zwei andere, ganz verschieden veranlagte Männer, Herriot und Macdonald, im vorigen Sommer das Ruder in der Hand gehabt hätten.

Es fehlte eben Lord Curzon die unentbehrliche Eigenschaft des wirklichen Diplomaten, die Geschmeidigkeit. Außerdem war er bis zuletzt recht einseitig eingestellt. Ihn interessierten die Orientprobleme am meisten. Er war ein Anhänger der kolonialen Politik. Boncompagni verstand es sehr geschickt, diese Vorliebe des traditionell-konservativen Imperialisten für kleinasiatische Fragen auszunutzen, indem er ihm auf der Lausanner Konferenz schriftweise entgegenkam, dafür aber immer größere Bewegungsfreiheit am Rhein erlangte.

Indessen erkannte das englische Volk gegen Ende 1923, daß die Curzon'sche Außenpolitik sowohl an der Ruhr wie auch im Orient Schiffbruch erlitten hatte. Diese Erkenntnis trug wesentlich zu dem Stimmungsumschwung bei, der bei den damaligen Unterhauswahlen in Erscheinung trat und Macdonald ans Ruder brachte.

Es hat einigermaßen überrascht, daß nach dem überwältigenden Sieg der Konservativen bei den letzten Wahlen Ende Oktober 1924 Lord Curzon in der neuen Regierung Baldwin nicht auf seinen alten Posten zurückkehrte, sondern zum Kolonialminister ernannt wurde, während Chamberlain Außenminister wurde. Aber das dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß Baldwin richtig erkannte, daß Curzon's Art nicht geeignet war, die noch immer schwierigen englisch-französischen Gegensätze in der Sicherheits- und in der Räumungsfrage zu überbrücken. Indessen war Curzon durch seine frühere Koloniallaufbahn für seinen neuen Posten durchaus geschaffen. Uebrigens fiel ihm als Wortführer der Regierung im Oberhaus sowie die Aufgabe zu, auch die auswärtige Politik der Regierung vor dem Lords zu vertreten. Das hatte er noch wenige Tage vor seiner tödlichen Erkrankung in einer Antwortrede auf eine Interpellation des neuen Lord Asquith über die Militärkontrolle und die Räumung der Kölner Zone getan.

Als ein Hüter der konservativen Traditionen der britischen Weltmacht in einem entscheidenden Stadium der europäischen Geschichte wird Lord Curzon's Name zweifellos fortleben. Ob sein Wirken für die Völker Europas und für sein eigenes Volk sehr segensreich war, darf wohl bezweifelt werden.

Flottendebatte im Unterhaus.

London, 20. März. (WZB.) Bridgeman sagte bei Einbringung der Flottenpotenzialschläge, auf den ersten Blick könne eine Vermehrung um 4 700 000 Pfund beunruhigend erscheinen, doch sei ein beträchtlicher Teil hiervon auf Uebertragungen von anderen Waffengattungen zurückzuführen. Zum ersten Male erscheine ein Posten von 1 320 000 Pfund für die Luftflotte, der bisher auf Bewilligungen für die Luftschiffe entfallen sei. Bridgeman befahte sich darauf mit dem Beschluß, in dem Bau des Docks von Singapore, in dem die größten Schiffe ausgebaut werden könnten, fortzufahren. Das Schwimmdock, das hierzu verwendet werde, und dessen Einrichtung etwa drei Jahre dauern werde, sei eins der ehemals deutschen Schwimmdocks und befände sich gegenwärtig in Portsmouth. Bridgeman erklärte ferner, daß alle Verpflichtungen des Washingtoner Vertrages durchzuführen seien, und zwar vor dem festgelegten Zeitpunkt. Es hätten keinerlei Flottenänderungen größeren Umfangs stattgefunden und würden nicht stattfinden, abgesehen von den üblichen Flottenübungen. Auf eine Frage bezüglich des Vorschlages des Präsidenten Coolidge für eine Vorkonferenz antwortete Bridgeman, wenn irgendeine Möglichkeit für das Zustandekommen einer Abrüstungskonferenz, an der England teilnehmen könnte, bestehe, so werde England nur froh sein, wenn es möglich und mit der Sicherheit Englands verträglich wäre, alles zu vereinbaren, was die Rüstungsstoffe vermindern könnte. Bridgeman wies den Gedanken zurück, als ob der Bau eines Flottenstütz-

Magdeburger Prozeß.

Gobert unter dem Schutze des Gerichts.

BS. Magdeburg, den 20. März 1925.

Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung stellte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kubicki, fest, daß die Ueberreichung von Blumensträußen an den Angeklagten Rothardt am vorigen Dienstag anlässlich seines Geburtstages nicht im Gerichtsraum erfolgt sei. In diesem Falle wäre das Gericht eingeschritten. Dann wurde als erster Zeuge der Gastwirt Kiefert aus Brühl bei Ubersownde vernommen, der 1918 bei der Firma Goerz gearbeitet hat. Der Zeuge gibt über die Entwicklung des Streiks eine ungenaue, von den Darstellungen der anderen Zeugen stark abweichende Schilderung. Auch der Rede des verstorbenen Reichspräsidenten erinnere er sich nur sehr schwach. Seine Auslagen klingen so ungenau, daß der Vorsitzende ihm die Frage vorlegte, ob der Zeuge sich selbst gemeldet habe. An Dittmanns Rede will der Zeuge sich überhaupt nicht mehr erinnern können. — Vorl.: Ist dem verstorbenen Reichspräsidenten Beifall gezollt worden? — Zeuge: Ja, indem sie ihn ausgedehnt haben. (Lachen.) — Vorl.: Ich verbitte mir jede Rundgebung hier.

Die Verteidigung verlangte darauf erneut die Ladung der Mitglieder des Gerichts der ersten Instanz zu der Behauptung Orpels, daß Ehrig ihn bei der ersten Verhandlung am Zeugentisch angegriffen und ihn gebeten hätte, ihn doch nicht zu verraten. Nach Ansicht der Verteidigung habe Orpel hier einen Meineid geleistet. Der folgende Zeuge,

Tischler Feih Kinter.

arbeitete 1918 zusammen mit dem Zeugen Ehrig in den Agobacken in Johannisthal. Der Zeuge erklärte im Gegenlag zu Orpel, daß die gesamte Belegschaft in den Streik getreten sei. — Vorl.: Wußten Sie, daß in Treptow Anproben gehalten werden würden? — Zeuge: Wir hatten Kollegen bei, die das Zeug hatten, 'ne Rede schwängen zu können. Da brauchte man keine Anproben dazu. — Vorl.: Wussten Sie, was Herr Ebert damals gesprochen hat? — Zeuge: Er ging auf den Streik fast gar nicht ein, sondern hielt eine mehr allgemeine Rede.

Er machte uns jedenfalls Vorwürfe wegen des Streiks. Er meinte, daß einige unserer Programmpunkte ja gerecht seien, aber sie rechtfertigten den Streik nicht.

Vorl.: Haben Sie gehört, daß Ebert aufforderte, im Streik auszuhalten? — Zeuge: Das hat er nicht getan. — Vorl.: Was sagte er von den Stellungsbefehlen? — Zeuge: Er sagte, daß die Partei nach Möglichkeit die Einziehungen rückgängig machen werde. Aber Stellungsbefehlen müßte Folge geleistet werden. Wir sollten uns nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. — Ein Beisitzer: Wie wurde denn das aufgenommen? — Zeuge: Die Leute haben dabei Kraft gemacht. Der folgende Zeuge,

Richard Citner-Berlin.

schilderte, daß er 1914 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei, weil er mit der Bewilligung der Kriegskredite nicht einverstanden gewesen sei. Sein Betrieb sei in den Streik eingetreten, um eine bessere Lebenshaltung zu erzwingen und einen Druck auf die Regierung zum Abschluß des Friedens auszuüben. Der Zeuge hat auch an der Treptower Versammlung teilgenommen.

Ebert habe darauf hingewiesen, daß die englischen und französischen Munitionsarbeiter keine Arbeitsstunden verlören. Wir sollten das gleiche tun. Ich habe Ebert darauf auch zugerufen: „Verräter“.

Vorl.: Wussten Sie genau, daß der Redner dann noch gelagt hat, sie sollte es wie die englischen Munitionsarbeiter machen? — Zeuge: Betsch, ich stand ganz vorn, denn bei Versammlungen will ich immer ganz genau hören, ob der Redner noch meiner Ueber-

zeugung spricht. — Vorl.: Sie haben das alles in der ersten Instanz nicht gesagt. — Zeuge: Ich habe mich erst später wieder erinnert. — Vorl.: Was hat denn Ebert noch gesagt? — Zeuge: Er sagte, daß unsere Forderungen gerecht seien, aber in dieser Situation seien sie nicht durchführbar. Da wurde ihm wieder zugerufen: „Streikabwürger.“ — Vorl.: Sagte er nicht, daß die Arbeitsbrüder in anderen Städten zu ihnen kämen? — Zeuge: Ach so, da ist er wie die Kugel um den heißen Brei herumgegangen, und wegen der Befehlshaber sagte er, daß die Partei sie mildern werde. (Der Zeuge zieht eine Zeitung aus der Tasche.)

Was Gobert hier gesagt hat, ist eine Unwahrheit.

Vorl.: Diese Aussage gehört nicht hierher, stellen Sie bitte Ihre Zeitung fort.

Zeuge (erregt): Der Gobert ist doch gerichtet. Vorl.: Ich verbiete Ihnen, solche Auslagen hier zu machen, die nicht hierher gehören. Sie sollen nur Ihre Wahrnehmungen mitteilen. — Landgerichtsrat Winter: Hat die Sozialdemokratische Partei 1917 vor dem sogenannten Rüstungsstreik gewarnt? — Generalstaatsanwalt: Ich weiß nicht, was diese Frage hier soll. — R. A. Dr. Luetgebrune: Mir scheint die Frage sehr wichtig. — Zeuge: Die SPD hat damals reaktionär dagegen gearbeitet. Der „Vorwärts“ ist immer Arbeitervertreter gewesen. Der „Vorwärts“ hat ja auch die Kaiserleichen als „englische Agenten“ bezeichnet. — R. A. Dr. Martin: Hat Herr Ebert auch angeregt, Ruhe und Ordnung zu wahren? — Zeuge: Selbstverständlich, wer nicht ruhig war, wurde ja auch demunziert und verhaftet. — R. A. Dr. Martin: Sie sind vorbestraft? — Zeuge: Das gehört nicht hierher. Es ist keine Kunst, einen Menschen bloßzustellen. — Vorl.: Wozu die Frage? — R. A. Dr. Martin: Die Aussage Gobert wird bezweifelt, da er wegen Betrugs vorbestraft ist. Wir haben an den Zeugen der Staatsanwaltschaft dasselbe Interesse. — Generalstaatsanwalt: Ehrig und Gobert seien aber auch aus dem Rahmen der übrigen Zeugen heraus. — Vorl.: Das kann man ohne weiteres nicht sagen, Herr Generalstaatsanwalt. Herr Zeuge, haben Sie eine erhebliche Strafe erlitten? — Zeuge: Nein (sich verbessernd). Ich bin im Jahre 1898 unschuldigen wegen Körperverletzung bestraft worden. — R. A. Dr. Martin: Haben Sie seit der ersten Instanz mit jemand über Ihre Aussage gesprochen? — Zeuge: Mit diesen Leuten. — R. A. Dr. Martin: Hat jemand Ihr Gedächtnis aufgeschärft? — Zeuge: Nein.

Dan folgte die Vernehmung des

Berwaltungsamtsmanns Willi Lorenz

beim Magistrat von Berlin. Früher war der Zeuge bei Goerz beschäftigt, wo er mit dem Zeugen Fechner zusammen tätig war. Der Zeuge gehörte der SPD an und bekannte, daß die Mehrheitssozialisten damals im Streik einen schweren Stand hatten. Der Zeuge hat an der Treptower Versammlung auch teilgenommen. Der verstorbenen Reichspräsident habe infolge seiner maßvollen Sprechweise starken Widerspruch gefunden. Er halte es für ausgeschlossen, daß Ebert etwa aufgefordert habe, Stellungsbefehlen nicht Folge zu leisten. Er könne sich auch nicht entsinnen, daß dem Redner ein Zettel zugehört worden sei oder daß der Redner überhaupt das Wort „Streik“ gebraucht hätte. Vorl.: War diese Rede eine Aufzählung, weiter fest zu bleiben, oder war sie mehr ein Bericht über das, was geschah? — Zeuge: Die Rede war alles, nur keine Aufforderung, beim Streik zuzuhalten. Der Zeuge bemerkte dann weiter, daß das Wort „Arbeitsbrüder“ in der Rede gefallen sei, weiß aber nicht mehr in welchem Zusammenhang. Schon nach den ersten beiden Sätzen des Redners habe die Unruhe ergriffen. Am Schluß habe der Redner zur Frage der Stellungsbefehle gesagt, daß sich die Fraktion mit ihnen beschäftigen werde. Auf Befragen erklärte der Zeuge, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß der Redner aufgefordert habe, Stellungsbefehlen keine Folge zu leisten.

hast, insgedessen geht die Aussprache zunächst noch weiter. Abg. Schlange-Schönigen von den Deutschnationalen stellt alsdann die Zeit bis zum Erscheinen von Dr. Marx mit einigen provokatorisch gehaltenen Sätzen aus. Er erklärt, die Weimarer Koalition sei auf dem besten Wege, die Verfassung und den Parlamentarismus zu zerstören.

Ministerpräsident Dr. Marx

nimmt hierauf das Wort. Er erklärt: Man hat mich gefragt, wie ich die Geschäfte für den Fall, daß sich der Landtag vertagt, weiterzuführen gedenke. Die Fortführung der laufenden Geschäfte erfolgt lediglich nach dem einen Gesichtspunkt, das preussische Volk vor Schaden zu bewahren. Das ist meine Pflicht von Anfang an gewesen und so wird es auch jetzt bei der Weiterführung der laufenden Geschäfte gehalten. (Bravo bei der Mitte.)

Abg. Winkler (Dnat.) beantragt hierauf Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten. Genosse Orjefinski hält den Rechtsparteien vor, daß sie es doch gemessen sind, die in den letzten Wochen die Arbeit des Parlaments sabotiert hätten und daß sie in keiner Weise imstande gewesen sind, selbst ein Ministerium auf die Beine zu stellen. Genosse Orjefinski beantragt die Vertagung der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten.

Gegen die Vertagung wendet sich in heftigen Ausdrücken der Volksparteierler Abg. v. Campe.

Dies sekundiert wie gewöhnlich den Rechtsparteien und erklärt: Wir sind für die Besprechung der nichtslagenden Erklärung des Vizepräsidenten, anstelle der Aussprache über die blutigen Vorkommnisse in Halle.

Bei der Abstimmung über die Frage der Vertagung der Besprechung stellt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus.

Der Tscheka-Prozeß.

Wer ist Stobclowski?

BS. Leipzig, den 20. März 1925.

Zu Beginn des heutigen 27. Verhandlungstages leitete der Vorsitzende einen Gerichtsbeschluss mit, nach dem drei weitere Zeugen, die die Identität Hellmuths mit Stobclowski bestätigen sollen, geladen werden sollen. Nach dem Zeugnisauftritt wurde dem Frau Marie Brechemacher (Stuttg.), die zwar noch in Scheidung lebt, sich aber nach ihren eigenen Bekundungen mit König verprochen hat, vernommen. Vorl.: Sie sollen wiederholt dem König Geld und Lebensmittel ins Gefängnis geschickt oder gebracht haben? — Zeugin: Ja. — Vorl.: Von der Verteidigung ist behauptet worden, daß Sie das Geld dazu aus polizeilichen Mitteln erhalten haben. Ist das richtig? — Zeugin: Nein. — Vorl.: Können Sie das beschwören? — Zeugin: Jawohl. — R. A. Dr. Wolf: Hat Ihnen König einmal im Gefängnis einen Zettel übergeben, den Sie dann der Polizeibehörde überbrachten? — Zeugin: Nein. — R. A. Dr. Wolf: Hat er Ihnen niemals Zettel gegeben? — Zeugin: Nein.

Hierauf wurde der Kaufmann Jander aus Heidelberg, zu dessen Erledigung seitens der Keumann-Gruppe Margies und Böege eingesetzt worden waren, als Zeuge vernommen. Er bekannte, im Februar 1924 sei Boege, angeblich im Auftrag der Roten Hilfe, bei ihm erschienen, doch habe er ihn mit dem Bemerken abgewiesen, daß er mit der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu tun haben wolle.

Der nächste Zeuge, der frühere Leiter einer kommunistischen Ortsgruppe in Baden, Volkweiler, wurde aus der Hofi vorgeführt, da gegen ihn ein Hochverratsverfahren schwebt. Er befindet, daß eines Tages ein Schreiben der KPD-Zentrale an die Ortsgruppe gelangt sei, in dem ausserordentlichen Mitgliedern für den Fall, daß sie durch etwaige Aussagen andere Kommunisten belasteten, Gefahr für ihr Leben angedroht worden sei. Ebenso sei darin die Gründung einer Geheimorganisation „Tscheka“ angekündigt worden.

Sturm im Landtag.

Jarrestisten und Kommunisten Hand in Hand.

Der Aelterntat des Preussischen Landtags beschloß heute, dem Landtag die Vertagung bis zum 31. März zu empfehlen. Zu der Frage, ob in der Zeit der Abhaltung der ständigen Ausschüsse Notverordnungen über wichtige Gegenstände erlassen dürfe, gab es eine ausführliche Erörterung. Die Rechtsparteien forderten, daß bei wichtigen Anliegen das Plenum des Landtags einberufen werden müsse.

Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, die bis jetzt sehr stürmisch verlaufen ist, beantragten die Deutschnationalen durch den Abg. v. d. Offen die Behandlung ihres Antrages über die Abgrenzung der Befugnisse eines Geschäftaministeriums. Ab. Dieß (Komm.) begründete einen kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags. Für den Fall, daß der kommunistische Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde, würden die Kommunisten für die Beratung des deutschnationalen Antrages stimmen.

Hierauf forderte der Führer der Deutschnationalen, Abg. Winkler, Ministerpräsident Dr. Marx müsse sofort erscheinen und erklären, wie er sich seine Geschäftsführung eigentlich denke.

Staatssekretär Dr. Weismann erklärt hierzu: Ministerpräsident Dr. Marx wird sofort im Hause erscheinen.

Danach verlas der sächsische Abgeordnete Danie gegen die Parteien der Mitte loszugehen. Seine Ausführungen gingen jedoch in Heftigkeitstürmen und Wärmegüssen unter.

Genosse Orjefinski beantragt hierauf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte. Die Abstimmung bleibt zweifel-

Seht die Wählerlisten ein! Die Listen liegen nur bis kommenden Montag aus.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter.

Am 13. Februar 1925 kündigte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter das bestehende Lohnabkommen für die städtischen Kämmerer- und Reglearbeiter zum 16. Februar 1925 und beantragte:

1. Das Alter des Vollarbeiters auf 21 Jahre, bisher 24 Jahre, festzusetzen.

2. Die Löhne der männlichen Vollarbeiter um 10 Pf. für die Stunde, der Arbeiterinnen und Jugendlichen im prozentualen Verhältnis zu erhöhen.

Die bisherigen Löhne betragen an der Spitze für Ungerlerne 58 Pf. für Gelehrte 76 Pf. die Stunde. Nach Verhandlungen im Kreise der Vertragsparteien waren die Anträge Gegenstand der Beratungen in einem Magistrats- und Stadtverordneten-Ausschuss. Der Magistratsauschuss beschloß, eine Erhöhung um 5 Pf. der Stadtverordneten-Ausschuss um 10 Pf., dem Magistrat in Vorschlag zu bringen. Der Magistrat beschäftigte sich in der Sitzung am 18. März mit den Anträgen und Vorschlägen. Entgegen den Vorschlägen hat der Magistrat jede Lohnzulage abgelehnt. Der Tarifkommission der Gemeindearbeiter wurde das Ergebnis am 19. März in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Tarifvertragsamt bekanntgegeben. Der Beschluß des Magistrats muß gerabzu als

eine Provokation der 16 000 Kämmererarbeiter

bezeichnet werden. In eingehender Weise war bei den Verhandlungen darauf hingewiesen worden, daß, trotzdem der Berliner amtliche Lebenshaltungsindeks sich gegen das Jahr 1914 auf 143 stellt, der Bruttolohn der städtischen Arbeiter, besonders der ungelerten Gruppen, etwa 3 M pro Woche unter dem Wohneinkommen des Jahres 1914 steht. Das Nettoeinkommen ist 5 bis 6 M. niedriger.

Besonders traf treten die niedrigen Löhne in die Erscheinung bei einem Vergleich der mit ihnen gleichwertenden Angestellten- und Beamtengruppen. Trotzdem die Gehälter der Gruppe II bis V allgemein als unzulänglich bezeichnet werden, stehen sie doch im Anfangslohn mit etwa 15 bis 25 Proz., im Endlohn bis zu 54 Proz. über den Löhnen der Arbeiter.

Die Schornfahnen der Reichsbahndirektion scheinen im Berliner Magistrat Anklang gefunden zu haben. Dennoch möchten wir dem Wunsch Ausdruck geben, daß die städtischen Körperschaften im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit sich erneuert, und zwar schnellstens, denn Eile tut not, mit der Forderung der städtischen Arbeiter befaßt.

Die Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wird jedenfalls alle geeigneten Schritte unternehmen, die notwendig sind, um in möglichst kürzester Frist die Lohnfrage zur Entscheidung zu bringen. Bereits morgen Sonnabend wird die Bezirkschiedsstelle in den Streitigkeiten entscheiden.

Lohnbewegung der Berliner Bäcker.

In einer überfüllten öffentlichen Bäckerversammlung referierte am Donnerstagabend Heyshold vom Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband über die Tarifstreitigkeiten mit den Bäckereinnahmen. Die Meister hatten den Manteltarif zum 30. November 1924 gekündigt. Sie verlangten eine Verlängerung der Arbeitszeit, eine für die Gesellen ungünstige Verschiebung der Arbeitszeit an den einzelnen Wochentagen, eine Verschlechterung der Ferienbestimmungen und, um das Bündel ihrer Verschlechterungsabsichten voll zu machen, eine Herausnahme des § 616 BGB. aus dem Manteltarif, der von einer Bezahlung der Krankheitsstage unter gewissen Bedingungen spricht. Bei der Verschiebung der Arbeitszeit stützten sich die Bäckermeister hauptsächlich auf ihre Eingaben an die Behörden, in denen sie einen früheren Arbeitsbeginn verlangten. Die Aufsichtsbehörden haben das Verlangen der Meister bisher noch immer abgelehnt, und so versuchen sie es jetzt auf dem Wege der Tarifverhandlungen. Die Tarifverhandlungen sind seit dem Kündigungsstermin ergebnislos verlaufen. Inzwischen haben die Innungsmeister auch die sehr bescheidenen Lohnforderungen der Gesellen abgelehnt. Die Spruchkammer des Schlichtungsausschusses hatte zwar eine Lohnhöhung von 3 bis 10 Proz. ausgesprochen, die Innungen lehnten dies jedoch ab, obwohl der Obermeister der Bäckereinnahme und der Vorsitzende der Bahnkommission der Konditionarbesitzer als Arbeitgeberbevollmächtigter in der Kammer amtierten und der Spruch mit ihren Stimmen gefaßt worden war. Das scharfmacherische Vorgehen der Innungsmeister gibt dem Verband die Gewißheit, daß

es ihnen unter allen Umständen darauf ankommt, ihren Willen durchzusetzen. Für den Verband ist selbstverständlich der Streik nicht Selbstzweck. Infolgedessen wird auch versucht werden, noch in letzter Stunde zu einer gütlichen Einigung zu kommen. Das hindert aber die Bäckergesellen nicht, alle Vorbereitungen zu einem Kampf zu treffen. Daß dieser Kampf mit der nötigen Energie durchgeführt wird, werden auch die Innungscharfmacher wissen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

In der Diskussion sprachen zwei Vertreter der kommunistischen Fraktion durchaus im Sinne des Referenten. Einem R.P.D.-Mann, von dem nicht einmal festzustellen war, ob er nicht etwa einer der im Saale anwesenden gelben Günstlinge der Innungen war, blieb es vorbehalten, dummes, zusammenhangloses Zeug zu reden, das mit dem Thema in keinerlei Verbindung stand. Als die Versammlungsmehrheit dagegen protestierte, war es interessant, festzustellen, wie einige Bäckermeister versuchten, die Gelben gegen die Versammlungsleitung aufzuspüren. Genosse Heyshold fertigte diese Leute in seinem Schlusswort unter dem Beifall der übergroßen Mehrheit der Anwesenden treffend ab.

Aus den russischen Gewerkschaften. Veruntreuungen und Unterschlagungen.

(RSD.) Die sowjetrussischen Gewerkschaften haben eine Reihe von Jahren die Mitgliedsbeiträge durch die Organe der Betriebsverwaltung, auf dem Wege des Lohnabzugs, eingezogen. Seit 1922 fingen sie an, die Beiträge durch die Betriebsräte und durch besondere Bevollmächtigte der Gewerkschaften zu erheben. Diese sogenannte individuelle Beitragserhebung hat sich allmählich immer mehr verbreitet und ist jetzt fast überall zur Regel geworden. Es hat sich indes sehr bald gezeigt, daß die Beitragserhebung durch die Bevollmächtigten der Gewerkschaften bei den in Rußland herrschenden Verhältnissen, die jede öffentliche Kontrolle unmöglich machen, in zahlreichen Fällen zur

Veruntreuung der Verbandsgelder

durch die kommunistischen oder die von den Kommunisten aufgestellten „parteilosen“ Funktionäre geführt hat. Es hat sich ansehnend eine förmliche Unterschlagungspraxis entwickelt, die einen solchen Umfang angenommen hat, daß der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, auf dem 17. Februar abgehaltenen Allrussischen Kongress des Schneiderverbandes sich genötigt sah, den Schuldigen mit der

Einführung der Todesstrafe für Veruntreuungen zu drohen.

„In letzter Zeit — erklärte Tomski — sind bei uns Veruntreuungen der Verbandsgelder durch Vertrauensleute zu verzeichnen. Ich betrachte es als notwendig, diese wunde Frage anzuschneiden. Mir fällt dies im Augenblick um so leichter, als die Veruntreuungen in eurem Verbände weniger verbreitet sind als in den anderen. Dieser abscheulichen Erscheinung muß ein Ende gesetzt werden. Dazu genügen aber Repressalien nicht. Wir werden es durchsetzen, daß unsere gelegentlichen Instanzen das Strafmaß für derartige Verbrechen bis auf die höchste Stufe (d. h. bis auf Tod durch Erschießen, D. Red.) erhöhen. Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen indes die Frage zu klären suchen, welche Ursachen dieser Erscheinung zugrunde liegen. Die Krankheit ist nicht nur deshalb gefährlich,

weil sie einen Massencharakter annimmt,

sondern auch deshalb, weil die gemüßlich-gleichgültigen Führer der Gewerkschaften ihr keine Bedeutung beimessen, sie verbergen und immer mehr um sich greifen lassen. Unsere Pflicht ist es, die Gefahr aufzudecken und die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sie zu lenken. Die Ursache der Veruntreuung ist sehr häufig Schlamperei,

ungenügende Beachtung der finanziellen Fragen. Dank der Nachlässigkeit und Schlamperei der einen und dem niedrigen kulturellen Stand der anderen ist die gesamte gewerkschaftliche Bewegung einer tödlichen Gefahr ausgesetzt.

Tausende von Rubeln sind von Mitgliedern der Betriebsausschüsse verschossen worden.

und niemand hat diesen Vorgängen Beachtung geschenkt. (1) Bücher sind nicht geführt worden, die Kommissionen haben nicht gearbeitet... („Trud“ vom 17. Februar 1925.)

Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß in keinem Lande der Welt die Veruntreuungen in den Verbänden einen solchen Umfang angenommen haben wie in dem Heimatlande der roten Gewerkschaftsinternationale, dem von kommunistischen Selbstherrschern regierten Rußland.

Zweiter All-Gewerkschaftskongress.

Der Allgemeine Freie-Angestelltenbund (A.F.A.-Bund), die freigewerkschaftliche Spitzenorganisation der Angestelltenverbände hält seinen zweiten Gewerkschaftskongress am 15., 16. und 17. Juni dieses Jahres in München ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des früheren Finanzministers Dr. Hilferding über Handelspolitik und Angestellte. Ueber die Fortführung der Kätegesetzgebung wird Ingenieur Schweizer vom Bund der technischen Angestellten berichten, über den Kampf um den Achtstundentag Fritz Schroeder vom Beirat der Reichsarbeitsverwaltung. Das Thema „Gewerkschaften und Steuerpolitik“ behandelt Kurt Heinig vom Deutschen Werkmeisterverband. Der Geschäftsbericht wird von den Vorsitzenden Abg. Aufhäuser und B. Stähr erstattet. Ein republikanischer Politiker wird über „Republik und Arbeit“ sprechen.

Zum Brauerstreik in München.

München, 20. März. (M.Z.) Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Gruppe München, teilt mit: Der Landeslichter für Bayern waren beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, am Donnerstag, den 19. März, zu einer Besprechung zusammengekommen. Die Unternehmer ließen durch den Präsidenten des bayerischen Brauerbundes erklären, daß erstens eine Wiedereinstellung der Brauerarbeiter im freien Ermessen der Betriebe liege; zweitens der bayerische Brauerbund bereit sei, den bisherigen Vertrag in seinen Einzelheiten weiter anzuerkennen und drittens eine Lohnerhöhung in angemessenem Betrage zu bezahlen. Die Arbeitnehmervertreter, die diese Bedingungen als eine Unterwerfung betrachteten, beschränkten sich auf die Erklärung, daß die Arbeiterkommission die Erklärung des bayerischen Brauerbundes zur Kenntnis nehme.

Der italienische Metallarbeiterstreik beendet.

Mailand, 20. März. (E.P.) Der Metallarbeiterverband hat die Wiederaufnahme der Arbeit in Turin für heute befohlen. Er erklärte, mit dem dreitägigen Streik habe er den Industriellen unabweisend bewiesen, daß fast die gesamte Arbeiterkraft ihm Folge leiste, sodas die Industriellen sich mit ihm verständigen müßten. Wenn auch der Streik aufhöre, dauere die Lohnbewegung doch fort.

Deutsche Fischdampfer in England befreit.

London, 20. März. (M.Z.) Die Maschinen- und Heizer der Fischdampfer von Fleetwood haben ihre Drohung, die Arbeit einzustellen, wenn die Forderung der Ladungen deutscher Fischdampfer nicht aufhöre, zur Durchführung gebracht. 17 Fischdampfer, die vom Fang eintrafen, sind außer Dienst gestellt. Wenn keine Regelung erfolgt, wird der gesamte Fischhafen still liegen. Die Fischkäufer zufolge sind die Fischkäufer durchaus für die Zulassung deutscher und anderer ausländischer Fischdampfer.

Frankfurter Hof, Inhaber Brachmann, Frankfurter Allee 313. Die Sperre ist mit dem heutigen Tage aufgehoben. Die Differenzen sind geregelt.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft der freigestellten Verbände der deutschen Republik, Ortsgruppe Berlin. Dienstag, den 24. März, abends 7 Uhr, findet in Riedersdorfer Straße (Schulhaus), eine von der Arbeitsgemeinschaft freigestellter Verbände einberufene öffentliche Versammlung mit dem Thema „Religion und Sozialismus“ statt.

Reichsbund sozialistischer Kaufleute, a. B. Sonnabend, den 21. März, im Rheingold, Bismarckstr. 19-20, Wohlhabendebau, Nachtbarrett der Fremdenmission, Kottbuscher Platz 10, abends 8 Uhr: Rauhhaus des Betriebs, Theaterstraßen Platz, Bureau Baurg. 76, Zimmer 9.

Volksbildungsverein, a. B., Wilhelmstr. 41, und Deutsche Selbstbildungshilfe, a. B., Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, im Bürgerpalast des Berliner Volkshauses, Röntgenstr. 1, Lichtbildvorstellung: „Deutschland als Alpenparadies“; 2. Bildes Erholungsstätten durch den Volksbildungsverein, Titel, Schwela ufm. Eintritt 60 Pf. Einlaß 7½ Uhr.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steinhilber; Kultur: R. D. Böhmer; Soziales und Sonstiges: Fritz Raschke; Anzeigen: H. Glade; Schriftlich in Berlin, Verlag: Sozialistische Verlagsgesellschaft, Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin, S. 68, Lindenstraße 2, Stern 1 Beilage und „Arbeiterstimme“.

Unsere Frühjahrskleidung

in eigenen Werkstätten aus guten Stoffen gefertigt,
ist von vorzüglicher Saftform und äußerst preiswert!

Herren-Mäntel mittelgrau oder Grün-Cheviot M. 48 ⁰⁰	Herren-Anzug modifiziert, ge-masterter Cheviot M. 48 ⁰⁰	Gummi-Mäntel prima gummiert, mod. Schlüpfersform v. M. 19 ⁰⁰ an	Bissegungs-Anzüge pa. Qualitäten, in blau, schwarz und marango von M. 27 ⁰⁰ an	Breecheshosen in farbigen Cheviot und Manchesterstoffen von M. 7 ⁵⁰ an
Herren-Mäntel orange-mustert Cheviot, zweifach, modern, M. 56 ⁰⁰	Sacco-Anzug mittel-graues Cheviot, Größenmaß, m. Streifen 56 ⁰⁰	Dam.-Gummi-Mantel doppelseitig zu tragen, moderne, weiße Formen M. 25 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge in modern gemustert, Cheviots v. M. 34 ⁰⁰ an	Pelerinen aus halbbaren Imprägnierten Loden, Länge 65 cm 15.-, 71.- 8 ⁵⁰
Herren-Mäntel marango, Cheviot, zweifach, mit Rückenpart. M. 68 ⁰⁰	Sacco-Anzug brauner Cheviot mit dezentem Überkaro . . . M. 68 ⁰⁰	Dam.-Gard.-Mantel imprägnierter reiner Qual. von M. 38 ⁰⁰ an	Jünglings-Anzüge moderne Streifen und Korb-flechtmuster von M. 48 ⁰⁰ an	Kieler Anzüge reinwoll Melton mit 10 Garnitur für 3 Jahr 7.50 26 ⁰⁰
Herren-Mäntel mittelgrau oder m. dezent. Überkaro M. 80 ⁰⁰	Sacco-Anzug modifiziert, ge-masterter Cheviot, prima Qualität . . . M. 85 ⁰⁰	Boden-Mäntel in Impr. Strichlod, in grau und grün M. 27 ⁰⁰ an	Jünglings-Mäntel in neuen Farben und Formen von M. 38 ⁰⁰ an	Kieler Pujacks blauer Cheviot mit Armstücken M. 29, 22, 17, 12 ⁰⁰
Herren-Mäntel orange-Island mit angewebter Abartie aparte Modeneinheit M. 95 ⁰⁰	Sacco-Anzug blau-grüner Kammoarn mit febr. Streifen, sehr elegant M. 120 ⁰⁰	Windjacken Imprägn. derbe Qual. 22, 25, 14 ⁵⁰	Jüngl. Schlüpfers aus mod. Covercoat- und Gabardine-Stoffen von M. 50 ⁰⁰ an	Knaben-Mäntel grauer Cheviot und braunes Homespun für 2 Jahre . . . M. 24.-, 15.- 15 ⁰⁰
Herr.-Paletots marango, Cheviot, mittel- u. dunkelgrau M. 85, 68 48 ⁰⁰	Gestreifte Hosen aus strapazierfähig. Stoffen M. 11.-, 8.- 5 ⁷⁵	Sport-Anzüge zweifach, mod. Ausführung, in gemustertem Cheviot von M. 46 ⁰⁰ an	Joppen-Schul-Anzüge mit perf. zert. Breeches, in farbigen und blauen Cheviotstoffen von M. 32 ⁰⁰ an	Knaben-Schlüpfers u. Sport-Pujacks a Co ar-coat und Gabardine, für 2 Jahre M. 30, 22 25 ⁰⁰
Gabardine-Mäntel in verschiedenen Farben und Formen von M. 38 ⁰⁰ an	Gestreifte Hosen moderne Muster, in pa. Qual. M. 30.-, 24.- 17 ⁰⁰	Manchester-Anzüge mit Breecheshose in grau und braun von M. 46 ⁰⁰ an	Manch. Jopp-Anzüge braun, grau, grün u. olivfarb v. M. 32 ⁰⁰ an	Jacken-Anzüge mit Schürzen, moderne Stoffen u. Kammgarne, für 3 Jahre M. 22, 20 21 ⁰⁰
Blaue Sacco-Anzüge reinwollene Qualitäten in mod. ein u. zweifach. Formen 90, 72 65 ⁰⁰	Breecheshosen in verschiedenen Stoffarten von M. 8 ⁰⁰ an	Sport-Anzüge 4 teilig, u. kurzer Hase, aparte Ausmusterung von M. 65 ⁰⁰ an	Mod.-u. Gummimäntel für Jüngl. u. verschiedenen Farben und Formen von M. 17 ⁰⁰ an	Schlupf-Anzüge aus farbigen Cheviots sowie blauem Kammgarn, für 3 Jahre M. 21, 15 14 ⁰⁰

Leinwandbet

Berlin C, Köllnische Fischmarkt 4-6

Wählt den Richtigen!

In einer stark besuchten Versammlung im Buchholzer Parkrestaurant sprach die Landtagsabgeordnete Genossin Käbler. In der Kritik der Präsidentschaftskandidaten wandte sie sich besonders Herrn Jarres zu. Ein Mann, der nach der Liquidation des Ruhrkampfes die Rheinlande verfallen lassen wollte, um sie in zehn oder zwanzig Jahren mit dem Bajonett wieder zu holen, verdient nicht den Namen Reichspräsident. Ebenso auch nicht ein Thälmann, der ja das Heil nur in der Räterepublik nach russischem Muster sieht, der auch, nebenbei bemerkt, ein so mutiger Mann ist, daß er bei den bedauerlichen Vorgängen in Halle nicht schnell genug zur Hintertür hinauskommen konnte. In diesem Kampfe um Sein oder Nichtsein der Republik muß das deutsche Volk an seine Spitze einen Mann stellen, der würdig und fähig ist, des großen Toten Erbe zu übernehmen und in seinem Sinne weiterzuführen. Dieser Mann ist Otto Braun. (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion sprach zunächst ein Jarresjünger, der sich als ein großes politisches Kind zeigte. Besonders als er die Versammlung nahelegte, sich auf Jarres Zehnjahrestag und Monarchie vorzubereiten, erhob sich ein großes Gelächter. Der ihm folgende Kommunist fand auch keinen Anstoß. Die dann folgenden Worte eines unserer Genossen wurden erst durch lauten Beifall unterbrochen. Die Versammlung war ein voller Erfolg der Buchholzer Genossen, die hoffnungsvoll in den Wahlkampf ziehen.

In einer großen Wählerversammlung zu Steglitz nahm Genosse Demper zunächst eingehend Bezug auf die historischen März-Kämpfe um Freiheit und Gleichberechtigung, stellte der Entwicklung der kapitalistischen Idee die der sozialistischen gegenüber und zog Parallelen zur heutigen Zeit. Der Redner schilderte die politischen Zustände, enthüllte das heuchlerische Treiben der Rechtsparteien und legte die praktischen Ziele der Sozialdemokratie dar, die ganz im Interesse der Allgemeinheit verfolgt werden. Am 29. März könne das deutsche Volk entscheiden, ob es gewillt sei, die Politik der sozialen Gerechtigkeit zu unterstützen. Ein Mann müsse an die höchste Spitze des Staates gestellt werden, der dafür bürgt, der Republik Schutz und Schirm zu sein. Die Sozialdemokratie ist davon überzeugt, in Otto Braun diesen Mann gefunden zu haben, einen würdigen Nachfolger Friedrich Eberts, dessen Verdienste die Geschichte anerkennen wird. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Großfeuer in Tempelhof.

Eine Häckelschneiderei in Flammen.

Großfeuer, das zweifellos auf vorläufige Brandstiftung zurückzuführen ist, kam in der vergangenen Nacht in Tempelhof, Germaniastr. 144, zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr bis Freitag mittag intensiv. Wir erhalten darüber folgenden Bericht:

Das sehr gefährliche Feuer wurde erst gegen 2 Uhr von Straßenpassanten bemerkt, als die Flammen, mit dickem Qualm vermischt, hell und mächtig emporloderten. Es brannten u. a. die Häckelschneiderei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft G. m. b. H. der Molkereien Groß-Berlins in ganzer Ausdehnung und angrenzende Gebäudeteile, Räume zum Rähen von Säcken, Lagerräume für Getreide usw., Futtermittel. Das zweistöckige Gebäude mit Maschinen und Häckelvorrichtungen bildete ein Flammenmeer. Die Tempelhofer Feuerwehr meldete „Großfeuer“ an alle Wachen, worauf sofort Branddirektor Bodziesch mit zwei Zügen der Reutlinger Wehr sowie der Briher und Budower Wache und den Löschzügen 8 und 11 ausrückte und die Leitung übernahm. Später trafen noch der Oberbranddirektor Sempp und Baurat Lange mit anderen Bourgeois und Ingenieuren ein. Weil die anliegenden Gebäude der Hüttenwerke H. Meyer, einer chemischen Fabrik, und der Filmpapieranstalt von Heinz Lippmann sehr gefährdet waren, wurde ein umfassender Angriff mit 4 B- und 3 C-Rohren von Westen und Norden angeordnet, weil die östliche Seite durch die Kleinbahn Berlin-Mittenwalde gedeckt war. Dadurch gelang es bald, das entsetzliche Element in die Gewalt zu bekommen. Es glückte auch, wertvolle Maschinen, und besonders Nähmaschinen zum Rähen von Säcken, in Sicherheit zu bringen. Personen sind nicht verletzt worden. Verbrannt sind große Heu- und Strohpellets. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiter am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr den umfangreichen Betrieb größtenteils verlassen haben und doch abends um 8 Uhr noch eine Lade mit Stroh eingetroffen ist. Als die Feuerwehr an der Brandstelle gegen 2 Uhr morgens eintraf, brannten bereits mehrere Gebäudeteile in einer Ausdehnung von 400 Quadratmeter Fläche vollständig, so daß der Himmel weißlich gerötet war und die Brandstelle einen schaurigen Anblick gewährte. Der Schaden ist natürlich erheblich, denn es sollen allein an Vorräten bedeutende Mengen im Werte von 50 000 Mark vernichtet sein. Morgens um 8 Uhr wurden die Züge 5 und 9 zur Ablösung entlassen, die mittags abgelöst wurden. Für die Annahme der vorläufigen Brandstiftung sprechen besondere Umstände. U. a. ist das Feuer an mehreren Stellen ausgekommen und zu einer Zeit, wo niemand im Betrieb war, sowie an Stellen, die Selbstentzündung und Kurzschluß kaum möglich erscheinen lassen. Die Polizei hat deshalb schon Ermittlungen eingeleitet und Personen vernommen. — Gleichzeitig hatte der 19. Zug einen größeren Brand in der Kanowstr. 23 im Norden von Berlin zu löschen, wo um Mitternacht eine Tischlerei in Flammen stand, die an Wänden und Holzern reiche Nahrung gefunden hatten, so daß auch hier mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit gelöscht werden mußte.

Die Wahltdorfer Totschlagaffäre.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dransfeld gegen den Kaufmann Hans Liebet die Verhandlung wegen der Erschießung des vierzehnjährigen Schülers Günther Beyer, die seinerzeit unter der Epithete „der Wahltdorfer Schülermord“ wegen der politischen Bestimmungslage die Öffentlichkeit viel beschäftigte. Am 26. Mai d. J. wurde in der Fischenhohnung zwischen Wahltdorf und Dahlewig die Leiche des Schülers aufgefunden. Günther Beyer lag auf dem Rücken, eine Kugel war ihm unter den Augen durch den Kopf gedrungen, die Augen waren mit einem Tuche verbunden und auf der Brust war ein Fettel angeheftet, auf dem stand: „Tod den Faschisten R.D.“ In der Urkunde stand „erledigt am 26. Mai 1924.“ und auf der Rückseite war geschrieben „Schwarze Liste“ (Wahltdorf R.D. Textat). Darunter standen zwei Namen, unter denen der von Günther Beyer, welcher mit einem Kreuz vermerkt war. Nach einiger Zeit wurde als der Täter der nicht den kommunistischen,

sondern den völkischen Kreisen angehörende Angeklegte Hans Liebet aus Kaulsdorf ermittelt. Auch Günther Beyer hatte in den völkischen Jugendkreisen Verlehr. Die Anklage vor von der Staatsanwaltschaft zunächst wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden. Die Strafkammer hat aber die Handlung als Totschlag ausgelegt und Liebet hat sich demgemäß heute vor dem Schwurgericht zu verantworten.

Die Vernichtung der Straßenhändler.

Eine halbe Million soll arbeitslos gemacht werden.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender hatte eine große öffentliche Protestvolksversammlung in das Lehrereinschhaus einberufen. Die Entroffnung und Rahmlegung des gesamten ambulanten Gewerbes und die wirtschaftliche Bedeutung desselben lautete die Tagesordnung. Houghlon (Hannover) sprach über die Bedeutung des Handels und schilderte daneben mit leidenschaftlichen Worten die mißliche soziale Lage der Gewerbetreibenden, ihre Rechtlosigkeit und wies den ihnen gemachten Vorwurf der Unzuverlässigkeit entschieden zurück. Hygienische Einwände lehnte er ebenfalls ab, da sie auch für den ansässigen Handel in Frage kämen. Die Deutsche Volkspartei wollte „die Auswüchse“ bekämpfen, die Deutschnationalen den Straßenhandel überhaupt. Eine halbe Million ambulanter Gewerbetreibender sollte arbeitslos gemacht werden. Aus verkehrstechnischen Gründen verbiete man in Berlin den Straßenhandel, den andere Weltstädte niemals unterbunden hätten, obwohl der Automobilverkehr dort ein bedeutend größerer sei. Soziale Gesichtspunkte ließe man völlig außer acht; der Straßenhandel sei aber notwendig, weil er die Waren billiger absetze als der ansässige Handel. Das ihm gleichfalls zum Vorwurf gemachte Anbieten von Schund könne man mit noch größerem Recht den ansässigen Warenhäusern machen. Aufgabe der Handels- und Handwerkskammern müßte es logischerweise sein, ihren Mitgliedern die Herstellung dieses Schundes zu verbieten. — Für die Bekleidungsbranche (Kummelpflege) sprach dann Dehser (Herford), der zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung dieses Berufsstandes gab, dessen Ursprung in Indien und China zu finden sei. Heute müsse man den ambulanten Schausteller ausröten, während die großen Betriebe Unterstützung durch den Staat finden würden. Der Kummelpflege sei aber die Bergnütungsstätte des kleinen Mannes, die man während des Krieges freilich „zur Beruhigung des Volkes“ konfessioniert hätte — Die zwar langen, aber sehr interessanten Ausführungen beider Referenten fanden größten Beifall; die angeregte Diskussion ergab die Tatsache, daß die Wirtschaftsfrage eine politische sei. Einstimmig wurde beschlossen, sofort entschlossene Abwehr zu zeigen.

Eine neue Spritaffäre.

Zwei Drogisten und sechs Zollbeamte verhaftet.

Neue Spritschiebungen sind durch die Fahndungsstelle des Grenz-zollkommissariats aufgedeckt worden. Ein Drogist Herr Jiffer hatte unter verschiedenen Namen drei Betriebe, in denen er Kosmetika herstellte. Auf jeden Namen und für jeden Betrieb erhielt er von der Reichsmonopolverwaltung die Genehmigung, von den drei Zollämtern, in denen die Betriebe lagen, vergällten Sprit zu beziehen. Die Zollämter lieferten scheinbar die vom Monopolamt für jeden Betrieb bewilligte vergällte Menge. In Wirklichkeit aber verstanden es Jiffer und sein Sozjus, zum weitaus größten Teil unvergällten Sprit zu bekommen, den sie an Vorkaufsläden zur weiteren Verarbeitung veräußerten. Die Preisdifferenz zwischen reinem und vergälltem Sprit betrug 3-4 M. pro Liter und sie machten so ein glänzendes Geschäft, bis die Fahndungsstelle jetzt die Schabedungen aufdeckte. Jiffer und Jafowski wurden verhaftet und sind gefänglich. Sie behaupten, daß zwei Zollbeamte von jedem der drei Zollämter ihnen gegen Entgelt behilflich gewesen seien. Der Trick war der, daß in den Sprit, der vergällt werden sollte, nicht das hierzu zu verwendende Pyridin, sondern die gleiche Menge Wasser hineingegossen wurde. Die 6 Zollbeamten sollen das gegen Entgelt gemischt und gebudet haben. Sie befreiten es, wurden aber wegen Bestechung ebenfalls verhaftet und mit Jiffer und Jafowski dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Neuer Abbau des Stadtrats Genossen Dr. Herz-Spandau

In der Bezirksversammlung Spandau läßt die Kumpanei der Bürgerlichen nicht locker in ihren Bemühungen, das Bezirksamt Spandau von Sozialdemokraten zu „läubern“. Man erinnert sich, aus welchen Gründen dort die bürgerliche Mehrheit den standalösen Beschluß faßte, unseren Genossen Stadtrat Dr. Herz abzubauen. Der Kammergerichtsausschuß, dessen Entscheidung Genosse Dr. Herz anrief, machte den abbaueifrigen Sozialistenfeinden einen Strich durch die Rechnung und hob den Abbaubeschluß auf. Aber noch in derselben Sitzung der Bezirksversammlung, in der diese Entscheidung des Kammergerichts zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, leiteten die Bürgerlichen sofort ein neues Abbauverfahren gegen den verhassten Sozialdemokraten ein. Sie betrieben es mit größter Eile und warteten nicht einmal den Bescheid des Oberpräsidenten in Sachen der Wiederbesetzung der Stelle ab, um den der Ausschuß der Bezirksversammlung selbst gebeten hatte. Mit größter Beschleunigung wurde der Abbau des Stadtrats Dr. Herz auf die Tagesordnung gesetzt, noch ehe vom Genossen Dr. Herz die nach der Personalabbauverordnung erforderliche Erklärung hierzu vorlag. Die Bürgerlichen der Bezirksversammlung haben jetzt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, den Beschluß gefaßt, unseren Genossen Dr. Herz zum zweiten Male und endgültig abzubauen. Es versteht sich von selber, daß unser Genosse gegen den Skandal dieses neuen Abbaubeschlusses aufs neue den Ausschuß des Kammergerichts anrufen wird.

Die Kranzschleife.

Der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ hatte die Wiederlegung eines Kranzes, zum Gedächtnis der Märzgefallenen am 18. März auf dem Friedhof am Friedrichshain beschlossen. Die Schleife trug die „aufreizende“ Aufschrift: „In Eurem Geiste ruhtlos weiterzukämpfen für Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Wohltätigkeit geloben wir! Friedensbund der Kriegsteilnehmer.“ Am den am 17. März getriebener Kranz frisch zu erhalten, hing ihn der Bundes-

leiter M. vor das Fenster seiner Wohnung im Bauverein Hüfftenstraße 4/5. Dieser Kranz erregte großes Vergernis bei dem Bureauangestellten Hardite (sprich rechte Hand Mamma), der dem Hauswirt D. den Auftrag gab, dafür Sorge zu tragen, daß der Kranz vor dem Fenster verschwinde, „Herr Hardite hätte das angeordnet“. Herr Hauswirt D. bekam den Bescheid, dem Angestellten H. zu berichten, falls er Luft empfände, den Kranz zu entfernen, solle er es nur selber tun...! Man ließ den Kranz dann unbehelligt. Herr H. ließ sich natürlich nicht bliden. Und er hat sicherlich gut daran getan.

Zur Fahnenwoche!

Aus Anlaß der Präsidentschaftswahl veranstaltet die Groß-Berliner Parteiorganisation von Montag, den 23. bis Sonntag, den 29. März, eine Fahnenwoche. Jeder Parteigenosse, jeder Republikaner hat die Pflicht, an diesen Tagen die Farben der Republik zu zeigen. Schwarzerotgoldene Fahnen sind preiswert beim Warentrieb des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Sebastianstraße 37/38, und in der Vertriebsstelle der Partei, Lindenstr. 3 (Jugendsekretariat), zu haben. Außerdem macht die Vertriebsstelle der Partei darauf aufmerksam, daß bei ihr auch rote Parteifahnen erhältlich sind. Beide Verkaufsstellen sind geöffnet: Montag, Dienstag, Donnerstag von 9 bis 5 Uhr, am Mittwoch und Freitag von 9 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 9 bis 4 Uhr.

Die heutigen Vorträge der Gesundheitswoche.

Ueber das Thema „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung“ spricht heute in der Berufsschule, Grünthaler Str. 6-9 Dr. Duncker, in der Gemeindefchule Rantaustr. 7 Dr. Freund, im Anzeum, Spandau, Astaniering 173-174 Dr. Ballin, in der Körnerschule in Köpenick Dr. Meyer. Ueber das Thema „Was will die Gesundheitswoche?“ spricht in der Gemeindefchule Petersburger Str. 4 Dr. Reifner, in der Oberrealschule, Marzendorf, Kaiserstr. 17-20 Dr. Kollwigh in der Gemeindefchule, Friedrichsfelde, Wilhelmstraße, Dr. Rosbacher, im Humboldt-Gymnasium, Tegel, Graf-Rüdern-Rorfo, Dr. Rothe. Ueber das Thema „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ spricht in Wilmersdorf in der Oberrealschule Hindenburgstr. 36 Dr. Panawitz, in Steglitz im Realgymnasium Hausenstraße Dr. Roelchmann, in Niederhörnweide in der Gemeindefchule Berliner Str. 31 Dr. Kreuz. Sämtliche Vorträge finden um 7 Uhr statt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Jugendpflegegang des Ortsausschusses für Lebensübungen und Jugendpflege im Bezirk Prenzlauer Berg. Heute abend 8 Uhr in den Baracken, Danziger Str. 62. Vorträge: Die Kriterien des guten und schlechten Buches. Referent: Rektor Bill Gensch, Vorsitzender des Jugendpflichten-Prüfungsausschusses Groß-Berlin.

Jugendweide in Wehener. 95 Kinder erhalten am Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, in der schön präparierten Gemeindefchule, Viktorstr. 23, die Jugendweide. Mitwirkende sind: Genossin Maria Rrische, Wehenerde; Gen. Traute Reumann, Vorbrück; das gesamte Collegium musicum, Dir. Musikdirektor Rohrdorff; und der Mozart-Jugendchor, Chorleiter Lehrer Stiller. Die Kinder erhalten in dem Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig herausgegebenes Gedenduch des Arbeiter-Alternbundes und der Arbeitergemeinschaft der freiwirtschaftlichen Verbände. Gastkarten a 60 Pf. sind beim Genossen Heim, Adlerstr. 7, erhältlich.

Konzert der Deutschen Nothilfe. Heute, Freitag, 8 Uhr, findet im Beethovenseal das fünfte Konzert der Deutschen Nothilfe statt. Kammerlänger Paul Bender (Violine) singt Lieder von Schubert, Beethoven, Liszt, Wagner, Schumann und Brahms. Dirigent: Michael Raucheisen begleitet.

Die Sturmkatastrophe in Nordamerika.

26 Städte in fünf Minuten zerstört.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge hat die Hilfeleistung für die heimgesuchten Gebiete persönlich in die Hand genommen und dem amerikanischen Roten Kreuz den Befehl gegeben, seine gesamten Hilfsquellen für die Hilfeleistung aufzubieten. Im Sturmgebiet sind alle Spitäler überfüllt. In vielen Fällen waren die Verlegte gezwungen, die Operationen ohne Chloroform vorzunehmen, da der Vorrat an diesem Narkotikum erschöpft war. Ueber den Sturm selbst werden jetzt näher Einzelheiten bekannt. Das ganze Zerstörungswerk war in fünf Minuten vollendet. Kurz vor Ausbruch des Sturmes war das Wetter sehr schön, der Himmel hatte eine abstraxe Farbe, plötzlich trat im Westen eine schwere Wolke aus, die sich rasch vergrößerte, worauf der Sturm losbrach. Von allen Seiten wurden noch der Katastrophe Ertraglose und Laufende von Automobilen mit Hilfsmaterial abgeleitet. Der Trans-Continentale Zug von San Francisco nach New York ist in der Nähe von Annapolis aus den Schienen geworfen worden. Die Wägen wurden wie Kartoffeln zusammengepreßt. Die meisten Insassen wurden getötet. In den Städten wurden die Straßenbahnen umgeworfen und die Insassen zu Tode gedrückt. Der Viehbestand ist in den betroffenen Gebieten vollständig vernichtet. Zahllose Straßenpassanten wurden die Kleider vom Leibe gerissen. Leichen wurden vom Sturme Meterweit fortgeführt. Zahlreiche der Lebendlebenden sind irrtümlich geworden und irren auf freiem Felde umher. Es steht fest, daß 26 Städte in fünf Minuten fast vollkommen zerstört sind.

Jugendveranstaltungen.

Wachtung, Mitglieder! So können nur noch diejenigen Mitglieder (Mädchen und Knaben) bei unserer Frühlingstanz mitwirken, die vom nächsten Sonntag ab regelmäßig die Proben besuchen. Wir können aber noch Gitarren, Saxophone, Trommen und Hörtenspieler gebrauchen. Für jedes Instrument eine Erlaubnis am kommenden Sonntag von 6-7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, halt. Dann bilden beide Gruppen (Mädchen und Knaben) gemeinsam am kommenden Sonntag.

S. Hoffmann Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 12 empfiehlt sein reichhaltiges Lager an selbstfabrizierter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Ella Demmel Inhaber: J. Berndt Neukölln Niemetzstraße 9 (Nähe Richardplatz) Neuheiten in Kleiderstoffen! Haricre Weiderst. Krepp-Marokain 1.60 2.00 Gestreifte Weiderst. Foulardine 1.50 3.00 Popeline Wollmousseline 3.00 3.00 Gardine Baumw.-Mousseline 6.00 85 Pf. Teilzahlung gestattet!

Gelegenheit Reste f. Wintermäntel u. Kostüme: Sealpüsch, Samt, Krimmer, Futterseiden u. Halbseliden bedeutend unter Preis. Haarpuder, Goltzstr. 2 (Grünwaldstraße) Besonders billig!

Bekanntmachung! Für alle Parteifreunde in den westlichen Vororten ist es sehr wichtig zu wissen, daß sie bei Bedarf von fertigen Herren- und Knaben-Garderoben im Bekleidungshaus Fritz Hamburg, Berlin-Steglitz, Schlo str. 103, L. stets preiswert und gut kaufen. Das Geschäft besteht bereits seit 25 Jahren, und würde es sich lohnen, das Lager zu besichtigen oder mit Berufskleidung einen Versuch zu machen. Invalide Arbeiter, Witwen ohne Ernährer und Kriegsbeschädigte erhalten 5 Proz. Ermäßigung. Schildhor-platz oder Hubert-straße ist auszusuchen! Dies Inserat ist vorzuziehen!

Gardinen Sonderangebote - Gelegen. - Käufe in Resten Stores, Bettdecken, Madras- und Kinstlergardinen. Haupt-Gardinenverkauf: Naukölln, Burgstr. 57 am Ringbahnho.

Der gute Kapitän-Kaufabak C. Rücker, Berlin Lichtenberger Straße 12. Kgst. 3681 Eine sorgenfreie Zukunft bietet sich unseren Eltern durch den Haupttreffer von 2 Millionen Mark. Wir vertreten auf anliegenden Posten in der heutigen Postausgabe, der Firma Biermann, Ein-Charlottenburg, Tahlmannstraße 25.

Porzellan * Steingut * Glas

Mengenabgabe vorbehalten

Weißes Porzellan

- mit kleinen Fehlern
- Speiseteller flach 33 Pf.
 - Speiseteller tief 45 Pf.
 - Abendbrotteller 20 Pf.
 - Kompotteller 10 Pf.
 - Terrinen 2⁰⁰
 - Kartoffelschüsseln 1³⁵
 - Saucieren 95 Pf.

Buntes Porzellan

- Tafelservice 28 teilig, 6 Personen 19⁷⁵
- Tafelservice 77 teilig, 12 Personen 75⁰⁰
- 22tlg. bunt Porzellan 14⁵⁰
- Küchenservice 22tlg. Delft 21⁵⁰
- Küchensätze 7 teilig 1⁷⁵
- Kinderservice 4 teilig 2¹⁵
- Körbe drehbrochen 95 Pf.
- Obstteller mit Früchtedekor 85 Pf.

Obertassen mit Goldrand 20 Pf.

Tassen mit Untertassen, mit Goldrand 28 Pf.

Massives Porzellan für Gastwirte und zwar Teller, Tassen, Terrinen extra billig

Steingut

- Salatieren Satz, weiß, 6 teilig 95 Pf.
- Salatieren Satz, bunt, 6 teilig 1⁴⁵
- Salatieren weiß 40, 50, 60 Pf.
- Schokoladenkannen 75 Pf.
- Waschbecken creme 95 Pf. 1⁶⁵
- Waschbecken bunt 1⁴⁵ 2²⁵
- Waschkübel bunt 95 Pf. 1⁸⁵
- Waschkübel bunt 1⁴⁵ 2²⁵

Pressglas

- Serie „Monopol“
- Compots rund 22, 28, 50 bis 1¹⁰
 - Compots einge-zogen 25, 32, 50 bis 1²⁵
 - Kuchenteller 90 Pf. 1²⁵
 - Kompotteller 10 Pf.
 - Käseglocke 1⁷⁰
 - Butterglocke 1¹⁰
 - Sahnenkännchen 45 Pf.

Bierbecher geschliffen 28 Pf.

Römer auf erhöhtem Fuß 45 Pf.

Emailliewaren

- Schmortöpfe 65, 75, 95 Pf.
- Kasserollen 55, 65, 75 Pf.
- Konsole mit Maas 95 Pf.
- Schöpfplöffel 30, 38 Pf.
- Mülleimer mit Deckel 2⁷⁵
- Maschinentöpfe 95 Pf. 1²⁵

Wassereimer Emaille 95 Pf.
Spülwannen Emaille 1²⁵

Enorm billig WIRTSCHAFTS-ARTIKEL Enorm billig

Blechwaren

- Kaffeeseibe 10, 15 Pf.
- Flaschentrichter 10 Pf.
- Universalsiebe 55, 65, 85 Pf.
- Springformen 50, 60, 75 Pf.
- Königskuchenformen 30, 38 Pf.
- Schneeschlager 15, 25 Pf.

Rosshaarbesen

- Schrubber 40 Pf.
- Kokos-Kleiderbürsten 30 Pf.
- Zahnbürsten 25, 30 Pf.

- Kartoffelstampfer 25, 45 Pf.
- Deckelhalter 6 teilig 60 Pf.
- Waschständer 95 Pf.
- Kuchenspritzen 95 Pf. 1²⁵

Holzwaren

- Aermelplättbretter bezogen 90 Pf.
- Gewürztaggeren 85 Pf.
- Sand-Seife-Soda-Konsole 95 Pf.
- Holzkafeemühlen 2²⁵
- Wandkafeemühlen 3⁷⁵ 4⁵⁰
- Trittleitern 4 Stuf. 3⁷⁵ 4⁵⁰ 5¹⁰

Verzinkte Waren

- Wassereimer 1³⁵ 1⁶⁰ 1⁷⁵
- Wannen verzinkt 2²⁵ 2⁵⁰ 3⁰⁰
- Waschtöpfe mit Deckel 4²⁵ 5⁰⁰ 5⁵⁰
- Volksbadewannen 24⁵⁰ 28⁵⁰
- Waschmaschinen 39⁵⁰ 48⁵⁰
- Leibwärmer Weisblech 1¹⁰

Kaffeelöffel Alpakka, gestanzt 30 Pf.
Esslöffel Alpakka, gestanzt 55 Pf.

Blumenkasten grün lackiert, 40 cm 95 Pf. em 1¹⁰ em 1¹⁵ em 1⁵⁰ em 1⁷⁰

Blumenbretter 2²⁵ mit Gazepland 8²⁵

Korbmöbel

- Weidensessel mit Zopfband 5, 25
- Weidensessel Wulst gestickt 7, 50
- Weidensessel dicke Streifen, schwarze Knöpfe 10, 50
- Peddigsessel „Secunda“, hoher Rand 8, 50

- Peddig-Wulstessel „Secunda“, hohe Ausd. durchgeh. 10, 50
- Peddigsessel „Secunda“, hoher Rand, nicht gestickt 14, 00
- Peddigsessel „Secunda“, 60 cm 9, 25
- Peddigtisch „Secunda“, 70 cm 10, 50

- Peddighocker „Secunda“ 5, 50
- Peddigtisch dunkel, 60 cm 9, 75
- Peddigtisch dunkel, 70 cm 11, 25
- Gart.-Sitzkissen gut Stoff, vorn Farb. 2, 85

Verkauf im Lichthof:
Garderobenleisten extra gross pro Stück
Kammkasten 95 Pf.
Zeitungsmappen
Spiegel mit Bild extra gross 95 Pf.

HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee



Mit zeitgenössischen Bildern / In Ganzleinen 1,60 / Zu haben
Buchhdl. J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2

Zur Einsegnung

ganz besonders preiswerte Angebote!
Empfehle außerdem mein reichhaltiges Lager fertiger

Herren- und Knaben-Garderobe
Anfertigung nach Maß
unter Verwendung nur haltbarer Stoffe u. Zutaten. Garantie für beste Paßform

**Sport- und Berufskleidung
Gummi- und Loden-Mäntel**
J. Baer Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee



Zähne 1, 2 G.-M. Teilzahlung

gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 3 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellig. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Halvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Asthma
höhere Stufe durch
**Reichels echte
Asthma-Tropfen**,
berühmt durch ihre
Sicherung, Nr. 256. In
Preußen und Apo-
theken erhältlich, jedoch
erst nur mit Firma
Otto Reichel, Britz 41,
SO., Eisenbahnstr. 4.

Ischias
ist das beste
Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, Stahlmatt. an Private.
Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

**Hosen-Anders
Beusselstraße 25**

**Krause-
Pianos
zur
Miete**
Ansbacher Str. 1,
Fähr-Kirchhof

Arno Holz



Eine Novelle / Ganzleinen 1,40 M., zu haben
Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Beck

Das Spezialhaus für Herren-,
Knaben- und Berufskleidung
Turmstr. 30a, Ecke Wilhelmshavener Straße

ist eröffnet und bietet an:

Sakkoanzüge von 29⁰⁰ Mk. an Stoffhosen von 4⁷⁵ Mk. an

Gurtmäntel von 36⁰⁰ Mark an

Gummimäntel, gute Gummierung von 19⁰⁰ Mk. an Knabenanzüge, guter Stoff von 7²⁵ Mk. an

Einzelne Sporthosen von 6²⁵ Mk. an

Großes Stofflager zur Maßanfertigung